DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 119 , Samstag, 21. Januar 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

WO IST DIE »VIERTE GEWALT«, DIE FREIE PRESSE? HIER! Dies ist die 119. Ausgabe einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

SAG MIR, WO DIE BLUMEN SIND!

Die Grünen versenken

- **KRIEGSTREIBER**
- **LÜGNERINNEN**
- **SPRITZENMÖRDER**



Olivgrüne vor dem Untergang von links nach rechts: Der umstrittene Boris Pistorius (SPD) soll als neuer Verteidigungsminister im olivgrünen Nato-Krieg kämpfen, um den passiv-aggressiven Wirtschaftsminister Robert Habeck (m.) und die »Hochbegabte« im Auswärtigen Amt Annalena Bärbock (r.) zu beglücken (Bündnisgrüne). Doch der Krieg kann nicht gewonnen werden.
Titelgrafik: DW/Feuerstacke mit Material von Ruptly

Sie gelten als das asozialste Lügenpack in Deutschland seit den Nazis: Die Politiker und Funktionäre der Partei der Bündnisgrünen.

Das illegale Bombardement der Stadt Belgrad im Jahr 1999? Der damalige »grüne« Außenminister Josef »Joschka« Fischer beutete dafür hemmungslos das Andenken an die Opfer der Judenverfolgung aus. Seither befindet sich die »grüne« Partei in einem geistigen und moralischen Niedergang, der vor nichts Halt macht.

Der Extremismus der Mitte hat ein Zuhause: Als das neofaschistische Lügenprogramm der »Corona« im März 2020 verkündet wurde, waren die ersten Treiber: Bündnisgrüne. In der Weltkriegshetze im Stellvertreterkrieg um ukrainische Städte und Dörfer sind es »Grüne«, die nicht warten können, deutsche Panzer an die Front zu schicken. »Grüne« haben die BRD zur Kriegspartei gemacht.

»GRÜN«? ATOM, KOHLE, KRIEG UND SPRITZENGENOZID!

Atomkraft? Die Partei schwenkt auf Konzernkurs ein, denn US-Interessen verhindern die Lieferung des vergleichsweise sauberen Erdgases aus Asien, halfen sogar bei der Verschleierung der Sprengung der zivilen Fernwärmeleitungen in der Ostsee »Nordstream« (DW klärte weltführend auf). Und in dieser Woche: Nach der Niederschlagung der Proteste gegen die Abbaggerung des Dorfes Lützerath für den RWE-Konzern, schließen sich immer mehr radikale »Ökos« der Demokratiebewegung an. Das Ziel: »Die Grünen versenken!«, heißt es von Seiten der Klimafans. Schon Dienstag, 24. Januar 2023, wollen sich Ex-»Grüne« dem Montagsspaziergang für die Gefallenen der Demokratiebewegung anschließen. Musiker und Demokrat Boris Pfeiffer war vor einem Jahr in »Polizeimaßnahmen« des »rot-grünen« Berliner Senates getötet worden. Der Gedenkmarsch soll um 18 Uhr am Rathaus Wandlitz beginnen. Im ganzen Land kommt es seit 28. März 2020 zu täglichen Protesten.

➔ Grüne Covid-Lügen: Seite 3
➔ Kampf um Lützerath: Seite 9
➔ Zum Parteienhorror: Seiten 12/13

DER MÄRTYRER

Michael Ballweg: Der Erfinder des überwachungsfreien Freedom Phones wird seit 29. Juni 2022 vom BRD-Terrorregime rechtswidrig im Gefängnis Stammheim in Folterhaft gehalten.

Doch die Demokratiebewegung wächst ➔ Seite 6

Wir

INHALT #DW119

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 119. Ausgabe ab Samstag, 21. Januar 2023. | Redaktionsschluss war am 19. Januar. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. med. Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Sattelmaier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp mit Professor Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE68 1001 0123 2493 3614 28. **BIC/SWIFT**: QNTODEB2XXX.



Professor mit Rückgrat

Der Preis der Republik geht an Prof. Dr. Martin Schwab.
LAUDATIO von Klaus Müller

So gegensätzlich können sich Karrieren entwickeln: Einst waren sie Studienkollegen, nahmen 1998 von ihrem Doktorvater ihre Promotionsurkunden entgegen. Heute ist der eine, Stephan Harbarth, umstrittener Präsident des Bundesverfassungsgerichts und galt unter Kanzlerin Merkel als Parteisoldat, der Regierungsaufträge erfüllt.

Der andere, Dr. Martin Schwab, ist Rechtswissenschaftler, ehrenwerter Professor an der Universität Bielefeld und Freiheitskämpfer.

Dass seit Corona in unserem Land was faul ist, den Eindruck hatte Schwab »von Anfang an, weil die Medienberichterstattung nur in eine Richtung ging.« Das bekam er, der »mehr Angst vor unberechtigter Quarantäne als vor dem Virus« hatte, schon bald am eigenen Leib zu spüren. Zunächst half er Dr. Wolfgang Wodarg, dem vorgeworfen wurde, das Ansehen von Transparency International beschädigt zu haben, mit einem 181 Seiten umfassenden Dossier. Zudem sprach er als genialer Redner auf diversen Demos.

Das *Framing* der Altmedien folgte prompt: Schwab wurde als »abgedrifteter Professor« und »Verschwörungstheoretiker« verunglimpft. Die substanzlosen Diffamierungsversuche prallten jedoch an ihm ab: »Ich habe eine zelluläre Immunität dagegen entwickelt, weil ich weiß, dass ich auf der richtigen Seite stehe.« So z. B. auf der Seite zweier Soldaten im Leipziger Prozess um die Duldungspflicht zur «Covidimpfung« oder als erfolgreicher Co-Verteidiger von Arzt Dr. Andreas Triebel, dem zu Unrecht vorgeworfen wurde, falsche Maskenatteste ausgestellt zu haben.

Obwohl er nach eigener Aussage mit dem Großteil seiner Studenten ein «sehr gutes Verhältnis« hat, hetzte sogar der Allgemeine Studierendenausschuss der Uni Bielefeld gegen ihn. Ein Kollege sorgte gar für seinen Rauswurf aus der Uni-Band.

Auch von diesen Attacken ließ sich Schwab nicht beirren. Hochintelligent, gewieft und obendrein mit einem großen Sinn für Humor: Gerade in Zeiten wie diesen ist ein Professor mit Charakter und Rückgrat wie Martin Schwab Hoffnungsträger und Mutmacher zugleich.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN PROF. MARTIN SCHWAB. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym).

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Ach, das Individuum

EINWURF *von Werner Köhne*

**Ob Rosen, ob Schnee, ob Meere,
was alles erblühte, verblich,
es gibt nur zwei Dinge: die Leere,
und das gezeichnete Ich«**

So zeichnete der Dichter Gottfried Benn ein recht elegisches Bild vom modernen Individuum. Auf einer ganz anderen Wellenlänge bewegt sich die Werbeabteilung von IBM, wenn sie dem Einzelwesen folgende Attribute attestiert. »Auf dem Sprung, in jede Richtung, am besten bis gestern, Ergebnisse bringen, fokussiert sein, *on-line,* sich bewegen, sehen, wo Trends entstehen, informiert, intim intakt, synchron.«

So konträr können Vorstellungen vom Individuum zueinander stehen. Einmal erscheint es in nihilistisch getönter Einsamkeit; ein andermal rast es flexibel und erregt auf der Überholspur des Daseins dahin. Modernes Leben: Nirgendwo hinterläßt es so tiefe Spuren wie im Individuum. Der Wunsch nach Unverwechselbarkeit und Authentizität ist ein Indiz dafür. Gegenläufig dazu gerät das Individuum allerdings in den Strudel des Marktes, der das »Wesen ohne Fenster« – so definiert der Philosoph Leibniz das Individuum – zu Uniformität und Selbstinszenierung verleitet. Ein stetiger Alarmismus sorgt gerade in Coronazeiten dafür, dass nahezu jeder in die Rolle eines Narziss, Patienten und Zuschauers gedrängt wird. Erscheinen wir in diesen systemischen Zurichtungen nicht – wie Adorno vermutete – unheilvoll fragmentiert: Werden wir bloße Partikel eines Kollektivs, das in Auflösung begriffen ist?

Dabei erleben wir gegenwärtig hautnah die vorläufig letzte Stufe einer Geschichte, die – so Norbert Elias – in Form von Individualisierungsschüben verlief. Auf die Philosophie bezogen, heißt das: In der Antike wurde die Seele zum Individuum erhoben, in der frühen Neuzeit hingegen in hybrider Weise das »Ich denke, also bin ich« von Descartes. In der Moderne schließlich haben wir uns angewöhnt, das Ich als ein Assemble aus verschiedenen Funktionen zu verstehen, wie uns zuletzt Neurologen und Systemtheoretiker gleichermaßen bestätigen. Beide meinen: Wir konstruieren uns als ganzheitliche Individuen, sind es aber in Wirklichkeit gar nicht. Was aber sind wir dann: Restsubjekte der Anpassung an herrschende Machtverhältnisse oder im Widerstand dazu?

– Die Frage geht an alle, die »Ich« sagen.



Sag mir, wo die Blumen sind!

Die Partei der Bündnisgrünen hat den Injektionsgenozid gefördert und gegen oppositionelle Journalisten gehetzt wie keine andere. | Bericht von Anselm Lenz

»Die Impfungen sind halt mehr oder weniger nebenwirkungsfrei«, frohlockte Bundesgesundheitsminister und Pharmalobbyist Karl Lauterbach (SPD) im August 2021. Auch sein Amtsvorgänger Jens Spahn (CDU), politisch nominell Hauptverantwortlicher für die Auslösung des Spritzengenozids ab 27. Dezember 2020, hatte die Terrorkampagne mit allen Mitteln in Gang gebracht. Doch eine Partei trieb den Horror der Gegenwart besonders an: Bündnis 90/Die Grünen (kurz: Bündnisgrüne). Sie trieb Verbrechen gegen die Menschheit an wie keine andere.

Mindestens dreißig bis vierzig Prozent der vermeintlichen Coronatoten sind an den genverändernden Inhaltsstoffen der »Impfungen« gestorben, nicht an der Coronagrippe, wie es auf den Totenscheinen hieß. Zu diesem Ergebnis kam Peter Schirrmacher, Chefpathologe der Universität Heidelberg (DW berichtete). Er obduzierte systematisch Gestorbene im Bundesland Baden-Württemberg, wo unter dem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Bündnisgrüne) Totenscheine offenbar gefälscht wurden. Im selben Bundesland sitzt der Bürgerrechtler Michael Ballweg im Horrorgefängnis Stuttgart-Stammheim ein – ohne Anklage, ohne rechtliches Gehör, ohne Grund. Der Volksheld gefiel dem US-Besatzungsregime und den BRD-Politmarionetten nicht (siehe Seite 7 dieser Ausgabe).

»Eine ganze Generation wurde unter Verdacht gestellt, das war falsch. Einzelne mögen dann zu Recht sanktioniert worden sein, manche aber eben auch nicht«, erklärte ebenjener bündnisgrüne Ministerpräsident Kretschmann am Donnerstagmorgen in Stuttgart – dies aber nicht zu Ballweg und der größten Demokratiebewegung in allen Jahrhunderten der deutschen Geschichte, die seit 28. März 2020 nach dem Vorbild von NichtOhneUns.de überall und täglich auf der Straße ist (siehe Seite 6 dieser Ausgabe). Sondern wegen des sogenannten Radikalenerlasses vor rund 50 Jahren, der sich gegen einige Hundert beamtete Lehrer in Diensten der BRD richtete, die Mitglied der KPD/DKP waren. Den Ausschluss der Kommunisten hatte das angloamerikanische Besatzungsregime zur Bedingung für Willy Brandts Ostverständigungspolitik mit der DDR und der Sowjetunion gemacht. Fünf Jahrzehnte Frieden und Handel später sind die Russen längst mit ihren Truppen abgezogen, während die Nato-Besatzer Deutschlands und interessierte US-UK-Kapitalistenkreise eine Zerstörungspolitik gegen unser Land und Europa ausgelöst haben.

GRÜNE MARIONETTEN

Doch die Bündnisgrünen, neben der CDU/CSU die Hauptmarionetten der US-Kriegstreiber im BRD-Parteienapparat, wollen sich nun auch noch mit der Kernenergie anfreunden. Als in den zurückliegenden Wochen bekannt wurde, dass US-Forscher angeblich einen technologischen Durchbruch bei der Energiegewinnung aus Kernfusion erzielt haben, jubilierten Anton Hofreiter und Konsorten im Deutschen Bundestag. Das Ziel: Die BRD noch weiter in die totale Abhängigkeit des technisch bankrotten Imperiums USA und deren Energielieferungen zu bringen – Fracking-Gas, Kohle und Rohstoffe für Kernkraftwerke aller Art. Hauptsache gegen die russisch-westeuropäische Verständigung.

Doch der Krieg liegt (noch) fern und die Kasernen und Atomraketen der Besatzer auf deutschem Boden in Ramstein und Büchel spielen im Alltag der Menschen in Deutschland kaum eine Rolle. Der Strom fließt noch und die letzte große Reaktorhavarie von Fukushima liegt lange zurück. Die unfassbaren Schädigungen und Massentötungen durch die Spritzungen aber, vor denen die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit Ausgabe #DW1 vom 17. April mit Hunderttausendfachen Auflagenzahlen als weltweit führend aufklärendes Medium noch vor allen anderen gewarnt hatte, beginnt den Schwerstverbrechern im historischen Maßstab um die Ohren zu fliegen. Zu allererst der Partei der Bündnisgrünen, die doch angeblich kritisch gegenüber Gentechnik ist und lieber Bio – also Ungespritztes – wollte?

SONNENBLUMEN-PARTEI VOR EIGENEM ABGRUND

Krieg, Atomkraft, Genozid durch Abspritzen, Technikkult, Überwachung und das irre Regenbogen-Verwirrungsmanöver. Die US-Konzernmarionetten der Bündnisgrünen und ihr asoziales Schmierenblatt »Taz – die Tageszeitung« stehen vor dem Aus. Die Verbrechen lassen sich nicht mehr durch PR-taugliche Auftritte mit »Wuschelfaktor« und bezahlte »Fake-Antifa« überspielen (Seiten 12 /13). Bereits vor der Wiederholungswahl in Berlin am 12. Februar steht die Sonnenblumen-Partei am Abgrund; es ist ihr eigener, gänzlich eigentümlicher Abgrund, denn die nächste Marlene Dietrich (»Sag mir, wo die Blumen sind«, 1962) wird auch über »grüne« Verbrechen singen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.265
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.624
Mär.	86.739	87.396	81.901	93.510
Apr.	77.410	83.830	81.877	85.930
Mai	75.669	75.835	80.876	81.418
Jun.	73.483	72.159	76.836	81.418
Jul.	76.926	73.795	76.704	85.055
Aug.	73.444	78.742	76.402	85.542
Sep.	71.022	74.243	77.931	80.209
Okt.	77.006	79.781	85.080	93.285
Nov.	78.378	85.989	93.915	87.616
Dez.	83.329	108.792	103.171	111.403
insgesamt	939.520	985.572	1.058.702	1.060.184

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Für Oktober 2022 wurde ein Anstieg von 19 Prozent der Sterbefälle im Vergleich der Vorjahre gemeldet. Der Grund: Die Injektionen.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.



TONI WILL ZÜNDEN

Ist er dem Wahn verfallen? Der Bündnisgrüne Anton Hofreiter will 3.200 Panzer für den Stellvertreterkrieg der USA-Nato gegen Russland in der Ukraine. Er behauptet, die Russen hätten die zivilen Fernwärmeleitungen Nordstream in der Ostsee gesprengt (es waren die USA mit der Hilfe englischer See-Einheiten, siehe #DW102 und folgende Ausgaben) – und Hofreiter forderte vor dem Winter 2022/2023: »Wir brauchen jetzt eine wirklich starke Impfkampagne, die so richtig zündet.« (ale; Foto-AG Gymnasium Melle/CC)

MELDUNG

ÖSTERREICH SCHAFFT CORONA AB!

Wien/DW. Die Republik Österreich scheint sich von der Corona-Lüge zu befreien. Nach massivem Widerstand aus dem Volk und auch aus Staatsapparat und Bundesheer muss die kriminelle Regierung einlenken. Covid wird in Österreich künftig keine meldepflichtige Erkrankung mehr sein. Damit ist die »Plandemie« in Österreich beendet.

Gesundheitsminister Johannes Rauch kündigte am Mittwoch im österreichischen Fernsehen an, alle Corona-Gesetze und -verordnungen sofort abzuschaffen. Das wundert deutsche Wähler der Bündnisgrünen: Minister Rauch gehört den österreichischen »Grünen« an. Der Unterschied: Die Republik Österreich ist nicht Mitglied des US-Terrorpaktes Nato und die Grünen des Landes sind graduell weniger unterwandert als jene der BRD, jedenfalls nicht unmittelbares Vehikel der Besatzungsmacht.

Doch auch der »grüne« Gesundheitsressortchef Rauch macht Konzessionen an die verbrecherische Corona-Lüge, die seit März 2020 den Zusammenbruch des US-Finanzkapitalismus als fast weltweite PR-Kampagne überlagert. Zitat aus dem Ö1-Fernsehen: »Wir haben Impfungen, wir haben Medikamente, wir beobachten die Varianten«. So soll etwa auf Geheiß des US-Oligarchen William Gates (Microsoft) das perverse »Abwasser-Monitoring« weitergeführt werden. Der Corona-beendende Minister Johannes Rauch war von 2014 bis 2022 als Landesrat für Umweltschutz und Nahverkehr Mitglied der Vorarlbeger Landesregierung. (ale)

MELDUNG

WAGENKNECHT-PARTEI NIMMT FORMEN AN

Saarbrücken/DW. Die mögliche Parteigründung durch die »linke« Volkstribunin Sahra Wagenknecht (Partei Die Linke, PdL), wird konkret. Am 18. Dezember sollen Linkspolitiker an einer entsprechenden *Online*-Veranstaltung teilgenommen haben, darunter auch der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko, der im April 2020 in Aachen an einem der ersten Corona-Proteste weltweit von NichtOhneUns.de teilgenommen hatte, sowie die Gewerkschafterin Sabine Zimmermann, die der Demokratischen Gewerkschaft nahe steht (DG, demokratischegewerkschaft.de). Das Protokoll der Konferenz soll laut der Hamburger Nachrichtenillustrierten *Der Spiegel* an 3.000 Interessenten verschickt worden sein. Zuletzt hatte das Gerücht im Raum gestanden, Wagenknecht könne gemeinsam mit Ehemann Oskar Lafontaine (ehemals SPD) die Führung der Partei die Basis (PdB) übernehmen (DW berichtete). Die PdL gilt seit deren Zustimmung zum Corona-Putsch, zum US-UK-Nato-Kriegskurs gegen Russland und der Nichtdurchführung des Berliner Volksentscheids als »klinisch tot«. Mit Wagenknecht an der Spitze und einem »nationalkommunistischen« Wahlprogramm gilt sogar das Stellen der Bundeskanzlerin und eine »Anti-Nato-Regierungskoalition« mit der AfD-Partei als Juniorpartner als möglich. In Umfragen gaben zuletzt 30 Prozent der Befragten an, die Wahl einer Wagenknecht-Partei in Betracht zu ziehen. (ale)



PISTORIUS WIRD NEUER WAFFENLIEFERANT

Berlin/DW. Am Montag wurde bekannt, dass Pistorius neuer Kriegesminister wird. Und Lambrecht? Musste sie gehen, weil sie eine Frau ist? Nein, die Christine (SPD) hatte als Verteidigungsministerin nicht schnell genug Kampfpanzer an die Ostfront zur Eroberung Russlands versenden wollen, hatte Kiew Ende Februar 2022 sogar zunächst nur 5.000 Stahlhelme liefern lassen. Damals wusste sie noch nicht, dass die USA/Nato einen Weltkrieg mitten in Europa brauchen. Neuer Mann im Kriegsministerium ist nun Boris P. (SPD). Er wird den Befehlen aus dem Nato-Hauptquartier in Washington-Brüssel Folge leisten.

Pistorius ist für die Demokratiebewegung kein Unbekannter. Als Innenminister von Nordrhein-Westfalen hatte er 2020 proklamiert: »Fake News zur Versorgungslage in Zeiten der Coronakrise sind brandgefährlich. Sie können Panik, Hamsterkäufe und Konflikte auslösen und sind daher auf das Schärfste zu verurteilen. Daher müssen wir mit Bußgeldern oder sogar Strafandrohungen abschrecken.« Seine Forderung gegen die Pressefreiheit: »Es muss verboten werden, öffentlich unwahre Behauptungen über die Versorgungslage der Bevölkerung, die medizinische Versorgung oder Ursache, Ansteckungswege, Diagnose und Therapie von Covid-19 zu verbreiten.«

Bemerkenswert: Das war am 17. März 2020, als es nach Pistorius noch Fake News sein sollte, dass die Bundesregierung einen Lockdown verhängen werde, was nur eine Woche später geschah. Pistorius wusste damals schon erstaunlich gut Bescheid, wie weltweit gegen Oppositionelle vorgegangen werden würde. Wusste er es von ganz oben? (hes; Foto Ruptly)

DIESE REPUBLIK IST NICHT ZU RETTEN

KOMMENTAR von Paul Brandenburg

Berlin ist die perfekte Hauptstadt. Nirgends wird das Scheitern dieser Republik so deutlich. Nirgends sind Korruption und Dekadenz, die unseren Staat zerstört haben, so offenkundig.

Seit 2021 herrscht in Berlin eine illegitime Landesregierung. An ihrer Spitze steht eine Berufsbetrügerin: Franziska Giffey. Beide Hochschulabschlüsse erlang sie durch Betrug – ihr Diplom ebenso wie ihren Doktorgrad. Aus Formgründen wurde ihr lediglich der zweite aberkannt. Wer Frau Giffey persönlich spricht, stellt fest, ihr fehlt jegliches Unrechtsbewusstsein. Wegen Betruges im Amt ist auch ihr Ehemann verurteilt. Berlin ist Hauptstadt der Clankriminalität.

VERGEWALTIGUNG UNSERER DEMOKRATIE

Giffey war 2021 durch ein Landesparlament ins Amt befördert worden, dessen Wahl in solchem Maße manipuliert war, dass sie in Gänze ungültig sein musste. Bereits am Wahlabend war diese Tatsache offenkundig. Staatsmedien und Funktionäre versuchten, das totzuschweigen. Auch das örtliche Verfassungsgericht wehrte sich über ein Jahr gegen das notwendige Eingeständnis. Am Ende fand es keine Ausrede mehr und musste eine Wahlwiederholung verfügen. Allein dem Einsatz des früheren Landesabgeordneten Marcel Luthe und der Redaktion von *Tichys Einblick* ist das zu verdanken. Auch der *DW* berichtete.

Weder Wahlvolk noch Staatsmedien oder andere Instanzen unseres Gemeinwesens begehrten auf. Alle schauten sie mit Desinteresse auf die Vergewaltigung unserer Demokratie und sie hält bis heute an. Durch sein Urteil ist das Berliner Verfassungsgerichtes ihr als Mittäter beigetreten. Es hat die Wahlwiederholung beschlossen, die am 12. Februar stattfinden wird. Aber: Kein Wort verlor das Gericht über die Rechtlosigkeit, die seit 2021 in Berlin herrscht. Durch die ungültige Wahl kann kein legitimes Landesparlament entstanden sein. Durch das illegitime Landesparlament können keine wirksamen Gesetze verabschiedet, keine legitime Regierung gewählt worden sein.

Das Gericht hätte – im Mindesten – der Regierung erklären müssen, dass sie lediglich kommissarisch ihres unverdienten Amtes walten darf und sich jeder politischen Gestaltung zu enthalten hat. Nicht einmal dieses symbolische Minimum lieferten die Rechtsbeuger in Roben und bewiesen damit, dass sie nichts anderes als Marionetten sind.

FAUSTRECHT DER KORRUPTION

Ein Faustrecht herrscht in Berlin, durchgesetzt von einer Polizeitruppe, in deren Obhut Systemkritiker zu Tode kommen (Demonstration für Boris Pfeiffer am 24. Januar 2023, 18 Uhr Rathaus Wandlitz; red.). Es ist eine Polizeitruppe, deren oberster Koordinator für verdeckte Einsätze gegen Schwerkriminelle sich jüngst selbst als ein solcher entpuppte. Es ist eine Polizeitruppe, deren Brutalität die Vereinten Nationen auf den Plan rief und die Wohnungen von Dissidenten und ihren Familien überfällt.

Auf diese Staatsterroristen stützt sich die Unrechtsherrschaft in Berlin. Der Stadtstaat führt damit vor, was Hans-Jürgen Papier, früherer Präsident des Bundesverfassungsgerichtes jüngst für die gesamte Republik konstatierte. Durch fortwährenden Verfassungsbruch des Regimes, so Papier, »zerbröselt« unser Rechtsstaat. Dennoch: Umfragen zufolge wollen die Berliner das Unrecht am 12. Februar an der Urne legitimieren. Giffey und ihren rot- grünen Koalitionspartnern winkt ein Wahlsieg. Denn in der Hauptstadt Woko-Harams stellen die zugezogenen Parteigänger der Grünbrauen gemeinsam mit legal und illegal zugezogenem Prekarität die Wählermehrheit.

Nicht ein Kandidat der anstehenden Wiederholungswahl geißelt diesen Zustand der Rechtlosigkeit und des offenen Kampfes: Parteienkorruption gegen unser Grundgesetz. Weder die Partei Die Linke (PdL) noch die Partei Alternative für Deutschland (AfD) erwähnen ihn auch nur, geschweige denn, dass sie sich seiner Akzeptanz verweigern würden und ein Antreten bei einer erneut absehbar gefälschten Wahl ablehnten. AfD und Linke zeigen damit, dass sie Teil jener Parteienkorruption sind, die sie vorgeblich bekämpfen. – All das gilt gleichermaßen für den Bund. Denn die gefälschte Wahl war auch eine zum Bundestag. Die formale Entscheidungsmacht des Bundestages über eine Wiederholung missbraucht das Regime für deren Vermeidung. In aller Schamlosigkeit verhöhnt es damit uns Wähler und unser Grundgesetz.

OHNE UMSTURZ KEIN NEUANFANG

Wahlen werden diese Unrechtsherrschaft nicht mehr beenden können; weder in Berlin noch im Bund. Zu weit fortgeschritten ist die Parteienkorruption. Mit den Massenmedien und der Justiz hat sie ihre Kontrollinstanzen zersetzt. Unser Staat ist in der Hand von Verfassungsfeinden, die gegen ihre Kritiker die Geheimdienste in Stellung gebracht und ihren ersten politischen Häftling entrechtet haben. Bis diese Verfassungsfeinde offen morden, kann es nur eine Frage der Zeit sein. Gewalttaten werden gegen diese Verbrecher so wenig helfen wie Wahlen. Als Demokraten haben wir nur eine Chance: Verweigerung. Keinen Handschlag unserer Arbeit, keinen Cent unseres Geldes dürfen wir ihnen überlassen – weder als Rundfunkgebühr noch als Steuer. Wo immer wir ihnen begegnen, müssen wir uns ihnen in den Weg stellen und ihre Verbrechen beim Namen nennen – In Frieden und mit einem Lächeln. Ihren Vollstreckern in Uniformen, in Roben und in zivil müssen wir jeden Gehorsam verweigern – und mit den Konsequenzen leben. In Ruhe und Gelassenheit, aber ohne Kompromiss. Wer unser Grundgesetz bejaht und die freiheitliche Demokratie für die es steht, kann damit nicht länger warten!



Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite *PaulBrandenburg.com.*

Schwabs Kraken greifen zu

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick
Von Nadine Strotmann



Von der PR-Agentur Hill & Knowlton: Die lächelnde Greta Thunberg (Bildmitte) wird die Woche bei Heinsberg von deutschen Regierungstrupps abgeführt. Foto: Videostill/privat Foto: Videosill/WAS DIE MEDIEN NICHT ZEIGEN/telegram

Diese Woche war bestimmt vom Treffen des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos. Während sich die selbsternannte Elite – darunter Politiker, Konzernbosse und sogenannte Journalisten – in der Schweiz trifft, um über das Leben von Millionen Menschen zu entscheiden, kommen für uns die Einschläge näher.

Gravis und Lufthansa haben seit Anfang des neuen Jahres umgestellt: Beide Unternehmen akzeptieren keine Bargeldzahlungen mehr. In Deutschland sind Euro-Banknoten das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel. Das heißt, grundsätzlich müssen Händler und Dienstleister dieses akzeptieren. Aber – und jetzt kommt die entscheidende Einschränkung – auf der Seite der Verbraucherzentrale heißt es: »Sie (Händler und Dienstleister) haben aber die Möglichkeit, mit einer Vereinbarung oder in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) die Barzahlung einzuschränken oder auszuschließen. Wichtig dabei: In diesem Fall müssen die Anbieter ihre Kunden deutlich und rechtzeitig darauf hinweisen, etwa mit einem gut erkennbaren Aushang.« Aha. Die einzige Chance für uns, uns gegen diese Entwicklung zu stemmen, heißt damit: Boykott! Verlieren wir das Bargeld, verlieren wir unsere Freiheit.

NUR BARES IST WAHRES

Der Hintergrund zur Abschaffung des Bargeldes ist klar: Wer alles digital bezahlt, ist gläsern. Erfolgt die Ausgabe vom geplanten digitalen Euro als sogenanntes „Central Digital Banking Currency“ (CBDC), kann der Staat nicht nur alle Transaktionen einsehen, sondern diese auch steuern und an Bedingungen knüpfen. Die derzeit entfesselten Klimaproteste und CO_2-Diskussionen ersetzen im Sinne des *Great Reset* die Panikmache der Corona-Erzählung. Der drohende menschengemachte Klimawandel (dabei sprechen wir nur von etwa drei Prozent des CO_2-Gesamtausstoßes) kann die Vorbereitung für ein europäisches *Social-Credit*-System sein. Was das bedeutet? Sie stehen im Supermarkt an der Kasse und können ihr *Steak* nicht mehr bezahlen, weil sie in diesem Monat bereits ihren Sommerurlaub per Flieger buchten und täglich mit dem Auto zur Arbeit gefahren sind – damit schließt die staatlich gesteuerte Bank einfach ihr Konto für weitere Produkte, die auf der »bösen« CO_2-Liste stehen.

FAKE ARREST? THUNBERG POSIERT MIT POLIZISTEN

Zum Narrativ-Wechsel von Corona hin zur Klima-Katastrophe passt der Auftritt von Greta Thunberg, der Klima-Prophetin aus Schweden, beim Protest in Lützerath. Sie reiste offenbar extra dorthin, um sich medienwirksam von der Polizei abführen zu lassen. Auf Twitter kursiert ein Video, das Thunberg beim amüsanten Posieren zwischen zwei maskierten Polizisten zeigt. Die Stimmung scheint ausgelassen, die junge Frau lächelt. Erst als der Auslöser der Kamera klickt, schaut sie betroffen. Kurz und gut: Wir werden von vorne bis hinten veräppelt. Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.

Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

Neues Wahlgesetz: Die Partei hat immer Recht

Alle reden von mehr Mitbestimmung, sogar die Grünen sind angeblich für Volksentscheide, aber was die Ampelregierung nun als Gesetzesentwurf vorgelegt hat, um den Bundestag zu verkleinern, kann man nur noch als verfassungsfeindlich bezeichnen. | KOMMENTAR von Gordon Pankalla

Sie hat uns alles gegeben. Sonne und Wind, und sie geizte nie. Wo sie war, war das Leben. Was wir sind, sind wir durch sie. Sie hat uns niemals verlassen. Die Partei, die Partei, die hat immer Recht! Die Partei – die Partei – die Partei.

Das Lied der Partei, auch bekannt als »Die Partei hat immer recht«, war die Hymne der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, SED. Wenn es in der DDR nur eine maßgebliche Partei gab, dann ist das Regieren in der BRD seit Jahren nur noch in großen Bündnissen möglich, ob GROKO oder Ampel, Kenia- oder Jamaika-Koalition.

Während sich mein Kollege, der Rechtsanwalt Helmut Krause aus München, seit Jahren für die Direktwahl einsetzt und damit zu einer gerechteren Demokratie beitragen will, hat die »Ampel« das Gegenteil im Sinn: Die Partei soll künftig über den Kandidaten stehen. Laut dem Vorschlag der »Ampel« soll es jetzt völlig egal sein, ob ein Kandidat seinen Wahlkreis gewinnt oder nicht. Entscheidend ist allein die Parteiliste beziehungsweise die sogenannte neue »Hauptstimme« (für die Partei). Ziel sei es angeblich, dass man den Bundestag verkleinern will – Überhangmandate durch die Erststimme entfallen nach dem Gesetzesentwurf vollständig.

KEINE CHANCE FÜR UNBEQUEME

Dies führt zu (noch) absurderen Ergebnissen. Man stelle sich vor, ein Kandidat gewinnt seinen Wahlkreis mit 99 Prozent aller Stimmen, ist aber auf der Parteiliste nur sehr weit hinten vertreten, so bedeutet dies, dass er trotz seiner 99 Prozent im Wahlbezirk nicht in den Bundestag einzieht. Und damit diese Tatsache, die mit dem neuen Wahlgesetz eintreten würde, keiner mehr durchschaut, werden die Begriffe gleich mal umgeändert.

Aus Erst- und Zeitstimme wird »Haupt-« und »Wahlkreisstimme«. Wofür die Wahlkreisstimme danach überhaupt noch gut sein soll, entzieht sich meiner Kenntnis. Tatsache ist: Wer in den Bundestag kommt, bestimmt ausschließlich die Partei nach deren Listenvorgaben. Unbequeme Parteigenossen haben keine Chance mehr, auch wenn sie in ihrem Wahlbezirk eine absolute Mehrheit erreichen.

Was unbeachtet bliebt: Wer in den Bundestag will, braucht gar keine Partei. Jeder Bürger kann theoretisch zur Wahl antreten, unabhängig von einer Partei – so die Vision von meinem Kollegen Krause. Aktuell direkt gewählte parteilose Abgeordnete im Bundestag: Null. Zu diesen kommt es immer nur dann, wenn ein Parteimitglied die Parteifraktion verlässt, prominentes Beispiel: Frauke Petry. Dass es theoretisch auch parteilose Direktwahlkandidaten geben könnte, sieht der Gesetzesentwurf daher auch gar nicht mehr vor.

Der Obmann der Union in der Kommission zur Reform des Wahlrechts, Ansgar Heveling, sagte dem digitalen Medienhaus *Table Media* (etwa: Tischmedium), SPD, Grüne und FDP legten »die Axt an unser personalisiertes Verhältniswahlrecht«. Heveling hat Recht mit seinem Einwand, diese Reform des Wahlrechts ist nichts anderes als verfassungsfeindlich.

Politische Interessen vor Ort spielen keine Rolle mehr, und wer gegen die Parteilinie im Bundestag abstimmt, der findet sich bei der nächsten Wahl ganz schnell auf einem der hinteren Plätze der Parteiliste wieder. Dabei sei der Abgeordnete doch nur seinem Gewissen unterworfen, so steht es jedenfalls in Artikel 38 Grundgesetz (GG). Oder man ändert den Artikel 38 GG einfach auch gleich, ich hätte da einen Formulierungsvorschlag: »Die Partei, die Partei, die hat immer Recht! Die Partei – die Partei – die Partei.«

EKLATANTE MISSACHTUNG DES WÄHLERWILLENS

Was mich interessiert, ist folgendes: Wer denkt sich so etwas aus? Die anti-demokratische Gesinnung solcher Gesetzesentwürfe ist erstaunlich, aber wenn man sich anschaut, welche demokratischen Dämme in der Coronakrise gefallen sind, so braucht man sich über diese eklatante Missachtung des Wählerwillens wohl kaum noch zu wundern.

Parteilose Abgeordnete könnten mehr zur Demokratie betragen als die »Parteisoldaten« in Berlin, denn sie würden die echten Interessen der Bürger vor Ort vertreten und keine von oben vorgegebenen Themen. Ich glaube nicht, dass es in Deutschland die seit Jahrzehnten beschworene »Demokratiemüdigkeit« gibt, im Gegenteil. Denn der Großteil der Bürger würde sich schon heute gerne politisch einsetzen, scheut aber den Klüngel innerhalb der Parteienlandschaft. Wer in der Partei etwas werden will, muss nämlich vor allem eines sein: stromlinienförmig und angepasst. Nur wer in der Partei seine Freunde um sich scharen kann, schafft es auf die Liste und damit in die Parlamente. Querdenker haben in diesem Politsystem keinerlei Chancen.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

MELDUNG

SCHUFTEN BIS MAN UMFÄLLT? NON!

Paris/DW. Französische Gewerkschaften kündigen Streiks gegen die sogenannte Rentenreform von Präsident Emmanuel Macron an. Der Gesetzesentwurf sieht eine Erhöhung des Renteneintrittsalters nach deutschem Modell vor, wogegen sich französische Angestellte verwahren wollen. »Frankreich wird stillstehen«, kündigte ein Sprecher der Großgewerkschaft CGT an. Emmanuel Macron ist in Frankreich seit Jahren heftig umstritten. (hes)

PARTEI DIE BASIS ZUM NATO-AUSTRITT

Berlin/DW. »Die Behauptung, Deutschland wäre ein unmündiges besetztes Land, entspricht nicht ganz den Tatsachen«, reklamiert die Basisdemokratische Partei Deutschlands aktuell auf ihren Internetseiten. »Tatsache ist, dass die deutsche Regierung von ihrem Recht, die Truppenstationierungsverträge zu kündigen, keinen Gebrauch macht. Damit sowie mit einem Austritt Deutschlands aus der (US-Kriegsorganisation; red.) NATO könnte Deutschland als militärisch neutrales Land Voraussetzungen für wirkliche Sicherheit schaffen«, heißt es laut der »Arbeitsgemeinschaft Frieden« der PdB weiter. Seit der Affäre um Anwälte im Corona-Ausschuss gilt die Partei als führungslos. (jro)

AFD PRANGERT IMMOBILIENHAIE AN

Berlin/DW. »Nach außen prangert man den Kapitalismus an, aber hintenrum bereichert man sich. Journalisten, die unter anderem für die *Süddeutsche Zeitung, Taz, Zeit, Spiegel* und *Berliner Zeitung* arbeiteten, haben sich in Berlin mit einem Immobiliendeal eine goldene Nase verdient«, so die Partei Alternative für Deutschland (AfD) am 16. Januar in einer *Online*-Mitteilung des Mitgliedermagazins *AfD Kompakt*. Angespielt wird weiter auf den Berliner »Immobiliensumpf«, die Verweigerung der »rot-rot-grünen« – Regierung im Land Berlin, den Volksentscheid zur Enteignung von Großgrundkonzernen umzusetzen (u. a. Deutsche Wohnen SE, Vonovia SE) sowie die bevorstehende Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 12. Februar 2023. Die Berlinwahl muss wegen chaotisch-inkompetenter Zustände bei der durchführung am 26. September 2021 auf Berliner Verfassungsgerichtsbeschluss wiederholt werden (DW berichtete). (ale)

Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
AMBERG: Donnerstag ab 17 • Amberger Zeitung • Mühlgasse 2
AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg • Maximilianstr. 3
BADEN-BADEN: Donnerstag ab 13 • Badener Tagblatt • Wilhelmstr./Langestr.
BERLIN: • Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
CHEMNITZ: Montag ab 18 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
FÜSSEN: Freitag ab 15 • Allgäuer Zeitung • Kaiser-Max-Platz 3
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
KEMPTEN: Donnerstag 17.40 • BR Rundfunk • Siegmund-Ullmann-Platz
KIEL: Mittwoch 16.30 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LANDAU: Donnerstag 15.30 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
LANDSBERG: Montag ab 18 • Landsberger Tagblatt • Hauptplatz
LANDSHUT: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Altstadt 75
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAINZ: Donnerstag ab 16 • ZDF Studio • ZDF-Str. 1
MAINZ: Donnerstag 15.15 • SWR Studio • Am Fort Gonsenheim
MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • Münchner Merkur • Paul-Heyse-Str. 2-4
NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Wallensteinstr.
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
PRIEN: Montag 18.30 • OVB Chiemgau • Rathausplatz
ROSENHEIM: Mittwoch ab 19 • OVB Heimatzeitung • Hafnerstr. 5-13
SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 16 • SR Saarland • St Johanner Markt
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Am Bahnhof 9
WIESBADEN: Donnerstag 15.30 • Wiesb. Kurier • Langgasse 21
WÜRZBURG: Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Domplatz

IMMER MONTAGS!

ALDORF, 18 Uhr, am Rathaus – ALPIRSBACH, 18 Uhr, am Haus des Gastes – ALTOMÜNSTER, 18 Uhr, am Markplatz – BAYERBACH, 19 Uhr, am Rathaus – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17:45 Uhr, Gethsemanekirche – CREGLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – CRIMMITSCHAU, 18 Uhr, am Markt – DENKENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – DETTENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – FERNWALD, 18:30 Uhr, am Rathaus – FRANKENBERG, 19 Uhr, am Markt – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – GEISENHAUSEN, 19 Uhr, am Rathaus – HAFFKRUG, 18 Uhr, Seebrücke – HALDENSLEBEN, 18 Uhr, am Marktplatz – INGOLSTADT, 18 Uhr, am Paradeplatz – KAUFERING, 18 Uhr, am Bahnhof – KLECKEN, 18 Uhr, am Rewe Parkplatz – KUPPENHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – LADENBURG, 18 Uhr, am Marktplatz – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – TAMM, 18 Uhr, am Rathaus – Zeven, 18 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum	Ort	Art
Sa, 21.1.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 21.1.2023-2.2.2023 Rund um die Uhr	Berlin, im Domgarten/Museumsinsel/Friedrichsbrücke	Friedenscamp
Sa, 21.1.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 21.1.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 21.1.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 21.1.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 21.1.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 21.1.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 21.1.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 22.1.2023 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 22.1.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 23.1.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Gethsemanekirche	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 23.1.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 23.1.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 23.1.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 23.1.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20:30 Uhr	Dreieich, Bürgerpark	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 23.1.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20:30 Uhr	Erzhausen, Hessenplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, am Römer	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 23.1.2023 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 23.1.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 23.1.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 23.1.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob- Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 23.1.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 23.1.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 23.1.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 23.1.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 23.1.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 24.1.2023 18-21 Uhr	Berlin, am Rathaus Wandlitz	GEDENKMARSCH
Di, 24.1.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 24.1.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 24.1.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 24.1.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 24.1.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 25.1.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 25.1.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 25.1.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Mi, 25.1.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 25.1.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 25.1.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 25.1.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 25.1.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 25.1.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 25.1.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 26.1.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 26.1.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 26.1.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 26.1.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 26.1.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 26.1.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 26.1.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 26.1.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 27.1.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 28.1.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 28.1.2023 13-18 Uhr	Berlin, Ernst-Thälmann-Denkmal	Demo
Sa, 28.1.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 28.1.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 28.1.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 28.1.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 28.1.2023 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 28.1.2023 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 28.1.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 28.1.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 28.1.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 28.1.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
So, 5.2.2023 14-19 Uhr	Solingen, Graf-Wilhelm-Platz	Demo und Aufzug
So, 19.2.2023 16-20 Uhr	München, Tizianstraße 18,	Konzertabend
Sa, 25.3.2023 15:30 Uhr	Berlin, Rosa-Luxemburg-Platz	Erste Siegesfeier der Demokratiebewegung

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



HANDSCHELLEN: WAS SOLL DAS?

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Arvid Kappelt

Am 7. Dezember 2022 fand eine Großrazzia […] in elf Bundesländern statt. Beteiligt an der Aktion waren nach den Berichterstattungen rund 3.000 Polizisten einschließlich verschiedener Spezialkräfte. Diese stürmten Wohnungen und nahmen 25 Personen fest. Zu den Menschen, gegen die intensiv ermittelt wird, gehört der 71-jährige Heinrich XIII. Prinz Reuß.

Die Bilder von seiner Festnahme in Frankfurt/Main waren in nahezu allen Leitmedien zu sehen. Er wurde gefesselt aus dem Haus geführt und ins Polizeiauto gesetzt. […]. Gerne nehme ich jedoch zum Thema der Fesselung rechtlich Stellung und hoffe, dass sich der Leser zu dem genannten polizeilichen Geschehen sein Urteil bilden kann. Unmittelbarer Zwang ist nach herrschender Lehre generell das letzte Mittel zur Durchsetzung einer polizeilichen Maßnahme.

Das polizeiliche Gegenüber sollte vor der Zwangsanwendung, sofern die Einsatzsituation das insbesondere in zeitlicher Hinsicht zulässt, die Möglichkeit des »Rechtsgehorsams« (Befolgung der polizeilichen Maßnahmen im Strafverfahrensrecht oder Gefahrenabwehrrecht) erhalten, so dass auf eine Zwangsanwendung verzichtet werden kann.

ERNIEDRIGUNG, ENTEHRUNG, VORVERURTEILUNG

Die Handfessel gehört zu den Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt (HdkG). Diese dienen dazu, die körperliche Gewalt des handelnden Polizeibeamten gegenüber dem Adressaten der polizeilichen Maßnahme zu unterstützen, zu verstärken oder zu ersetzen. Die Aufzählung der HdkG in den Polizeigesetzen ist im Gegensatz zu den Waffen nicht abschließend. […]. Die Fesselung ist in den Polizeigesetzen bewusst gesetzlich festgelegt worden, um Willkür Vorgehen der Beamten auszuschließen.

In polizeilichen Bagatellsituationen sollen keine Fesselungen vorgenommen werden. Die Wirkung einer Fesselung ist als recht hoch einzustufen. Einerseits wird damit die Bewegungs- und Handlungsfreiheit des Adressaten eingeschränkt, andererseits mit dieser Maßnahme auch ein deutliches Signal an den Gefesselten, aber auch an Dritte gesetzt. Spektakuläre Festnahmen finden meist ihre Berichterstattung durch Fotos und Filmaufnahmen. Ein mit Handfesseln fixierter Mensch könnte sich durchaus einer gewissen Erniedrigung, Entehrung oder Vorverurteilung ausgesetzt sehen. (Weiteres von Arvid Kappelt unter *www.echte-polizisten.de.*)

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de*



Für Ballweg: Die Demokratiebewegung umrundete sieben Mal den Horrorknast des BRD-Regimes in Stuttgart-Stammheim am 15. Januar 2023. Bild: Videostill/Querdenken-711

Nachricht von Querdenken

Die Bürgerrechtsbewegung Querdenken ruft zur Unterstützung Michael Ballwegs auf

Liebe Demokraten, liebe Unterstützer von QD711, liebe Freunde von Michael Ballweg, es ist schon einige Zeit her, dass wir Euch auf diesem Wege kontaktieren konnten.

Die #plötzlichundunerwartete Inhaftierung von Michael Ballweg, dem Initiator von Querdenken, hat eine große Lücke hinterlassen. Er fehlt uns menschlich sehr, aber auch fachlich. In der Zwischenzeit konnten dank der ehrenamtlichen Arbeit von Menschen aus der Bewegung IT-Systeme reaktiviert und Social-Media-Kanäle mit neuen Inhalten und verbindenden Botschaften bespielt werden. An alle, die direkt oder mittelbar unterstützen, ein herzliches Dankeschön dafür!

Michael geht es den Umständen entsprechend gut. Er ist »stabil im Wandel« und nutzt die ihm gegebene »Auszeit«, um neue Kräfte zu sammeln. Die für ihn und mit ihm tätigen Anwälte haben sein ganzes Vertrauen und arbeiten mit ihm Hand in Hand, um die haltlosen Anschuldigungen zu entkräften. Leider zeigt das Rechtssystem aber auch seine Schattenseiten: So wird Michael gar kein oder nur pro forma rechtliches Gehör gewährt. Was bedeutet das? Nach Art. 103 Abs. 1 GG hat jedermann in Deutschland Anspruch auf rechtliches Gehör vor Gericht. Aussagen eines Beschuldigten sollen dabei nicht bloß gehört, sondern inhaltlich gewürdigt und bei der anstehenden Entscheidung mitberücksichtigt werden. Der Anspruch auf umfassendes, rechtliches Gehör ist ein grundrechtsgleiches Recht und Ausdruck grundgesetzlicher Rechtsstaatlichkeit.

VOLKSHELD ALS »EXEMPEL«

Unseres Erachtens nach soll an Michael Ballweg ein »Exempel« statuiert werden. Dabei müssten auch für ihn grundlegende Rechte uneingeschränkt gelten. Tun sie aber nicht! Dabei stand er genau deshalb im März 2020 das erste Mal mit einem Grundgesetz »bewaffnet« auf der Stuttgarter Königstraße und wurde Zeuge seiner ersten »polizeilichen Maßnahme«. Dies führte ihn – über viele Stationen hinweg – in eine Zelle in der JVA Stammheim, aus der er nun nur noch eine Stunde pro Tag raus darf. Der Journalist und Jurist Heribert Prantl sagte 2021: »Grundrechte heißen so, weil sie auch in Zeiten der Not und der Katastrophe gelten. Wir erleben die größten, heftigsten, tiefgreifendsten Grundrechtseinschränkungen seit Beginn der Bundesrepublik.« Wie recht er damit behalten sollte!

Um so wichtiger ist es, dass WIR uns nicht entmutigen oder gar spalten lassen. Als Gemeinschaft von Menschen, denen Frieden, Freiheit, Demokratie und gesundheitliche Selbstbestimmung sehr wichtig ist, freuen wir uns, solidarisch zu denken, zu fühlen, zu sprechen und zu handeln. Was sie EINEM von uns antun, tun sie (früher oder später) uns ALLEN an! Deshalb sind Michael und seine Unterstützer innerhalb und außerhalb des Anwaltsteams überglücklich ob der vielen Zeichen an Solidarität und Verbundenheit. Wir bitten Euch inständig, auch weiterhin Solidarität zu zeigen. Einige Vorschläge haben wir hier für Euch zusammengestellt.

BRIEFE AN UN, POLEN UND UNGARN

Ihr könnt Michael weiterhin Briefe (bitte keine Postkarten o. Pakete) schicken. Hier die Adresse: Michael Ballweg, c/o JVA Stuttgart, Asperger Str. 60, D-70439 Stuttgart. Ihr könnt weiterhin den Vereinten Nationen und/oder den Botschaften Polens und Ungarns schreiben: Vereinte Nationen, Sonderberichterstatter über Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, Palais des Nations, CH-1211 Genève 10, Schweiz. Botschaft der Republik Polen, Lassenstr. 19-21, D-14193 Berlin-Grunewald. Botschaft der Republik Ungarn, Unter den Linden 76, D-10117 Berlin.

Die Verantwortlichen dort sind sicherlich daran interessiert, was die Bundesrepublik, die sich selbst mit Kritik an der Rechtsstaatlichkeit ANDERER Staaten nicht zurückhält, bei sich selbst toleriert oder sogar forciert. Weist diese Institutionen bitte höflich darauf hin, dass die Stuttgarter Justiz Michael Ballweg von Anfang an ein faires Verfahren verweigert:

- Akten werden ihm und/oder seinen Verteidigern nicht oder verspätet zur Verfügung gestellt
- Zeugen werden nicht angehört
- Rechtliches Gehör wird verweigert oder beschnitten
- Verteidiger werden vom Gericht übergangen
- der Beschleunigungsgrundsatz wird verletzt.

Wer das Verteidigerteam unterstützen möchte, das nicht nur aus den größtenteils pro bono arbeitenden Anwälten aus unserer Demokratiebewegung besteht, sondern auch auch externen (Fach-)Anwälten mit entsprechendem Kostenapparat (Angestellten, Reisekosten, etc.) zurückgreifen muss, kann dies über bei einem vereidigten Steuerberater eingerichtete Anderkonto tun – siehe Querdenken-711.de. Dankeschön an alle Unterstützer. Worte, die für Michael immer besonders wichtig waren und auch heute Richtschnur für unsere Haltung, Einstellung, Motivation und Handlungen sein sollen:

Die Zukunft gehört den Menschen,

die ihrem Herzen folgen,

egal was die Kritiker sagen.

Denn es sind die Außenseiter,

die die Welt verändert haben

und die einen echten und bleibenden Unterschied machen.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

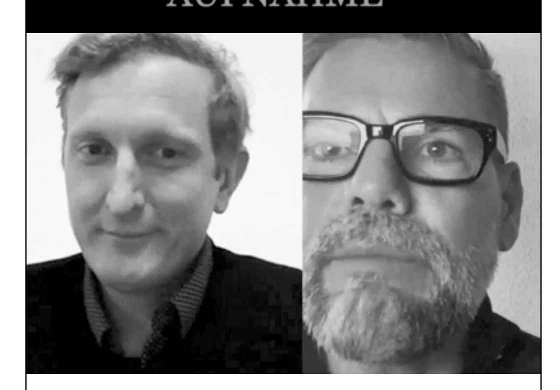
• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

BESTANDS-
AUFNAHME



DREIMAL ZEHN MINUTEN BESTANDSAUFNAHME #4.

- **IMPFSCHÄDEN JETZT NEU: IM *MAINSTREAM***
- **PCR-TESTS UND MILLIARDENGEWINNE**
- **BÄRBOCK UND IHR SONDERTRIBUNAL**

Und zur Rahmung: Klaus Schwab eröffnet Weltherrschaftsgipfel in Davos. – Die Medienschaffenden Kayvan Soufi-Siavash und Anselm Lenz treffen sich wöchentlich zur Bestandsaufnahme. Verlinkt wird das Privatformat im Presseportal *Apolut.net* und auf *demokratischerwiderstand.de.* Ein Ausschnitt wird hier abgedruckt.

Klaus Schwab (im Einspieler zu Beginn): A very cordial welcome to ze 2023 annual meeting…

Anselm Lenz: Ja, der Gipfel in Davos ist für eröffnet erklärt worden… wir halten unseren eigenen Gipfel ab mit unserem Privatformat »Bestandsaufnahme«. Zu Davos und dem Weltwirtschaftsgipfel: Klaus Schwab hat gleich mal damit begrüßt, dass weite Teile der Weltbevölkerung »ausgelöscht« werden könnten. Er nennt als mögliche Gründe »die Gefahr von Viren, die Gefahr durch Gentechnik am Menschen« – Halleluja – und »die soziale Spaltung«, also das Auseinanderdriften von arm und reich. Das alles wird dann besprochen von unseren geliebten Politikerinnen und Politikern im Verbund mit den reichsten und einflussreichsten Menschen des Planeten, also den Oligarchen des Westens… und die wollen dann darüber sprechen, wie Milliarden von Menschen möglicherweise »ausgelöscht« werden aus den von Klaus Schwab genannten Gründen. Ganz klassisch würde man sagen: Das ist ein faschistisches Treffen, denn es treffen sich die Machthaber der Militärapparate, der Politapparate mit den Machthabern der Konzerne, also etwa Digital- und Rüstungskonzerne und Schwerindustrie. Das kennen wir etwa aus den Vorjahren von 1933, als man sich in Deutschland überlegte, wie dieses Land dann zugrunde gerichtet wird. Das soll jetzt wohl im globalen Maßstab dort betrieben werden. So meinen zumindest zynische Kritiker. Mancheiner hofft vielleicht auch darauf, dass man sich dort eines Besseren besinnt, allerdings: Direkte Demokratie und friedlichen Ausgleich wird man sich von diesen Leuten nicht erhoffen können.

Kayvan Soufi-Siavash: Auch Reiche und Schöne dürfen sich treffen. Dann geben sie sich aber so schöne Namen wie »Weltwirtschaftsgipfel«, als würde sich »die Welt« dort treffen. Es ist aber nicht die Welt! Sondern es ist der Club der reichen Menschen. Und die laden dann Politiker und Medien ein, und bestimmen, was die berichten und wie Politiker in Zukunft zu verfahren haben. Denn was dort beschlossen wird, ist Politik des Marktes – die sie gegen die Politiker durchsetzen können. (…) Denn dort wird auch nur ein neuer Plan abgekaspert. Im Grunde geht es immer um Gewinnmaximierung. Die Krise sei ja auch ein Markt, »eine Chance«, sagen sie. Die sind vorher immer schon gut vorbereitet; danach können sie sagen, »wir haben es ja kommen sehen«. Dieser Gipfel erinnert mich an ein ähnliches Treffen, die Münchner Sicherheitskonferenz, wo Bill Gates schonmal gesprochen hat – und angekündigte, dass ja Corona ganz schwierig werden könne. Als die kam, war er vorbereitet, weil er sich in viele Labore schon eingekauft hatte. So gehts auch in Davos: Der nächste Markt wird bestimmt – und die lassen über ihre Medien unseren Politikern sagen: »Schaut mal, in diese Richtung gehen wir!« Und dort wird dann auch ausgewählt, welcher Politiker das in deren Sinne in den Markt hineinverkauft.

Siehe *Apolut.Net* und *DemokratischerWiderstand.de/Presseklub*

»Immer mehr Menschen merken, dass die Pandemie nur ein Witz war!«

Axel Turck ist mittelständischer Unternehmer und Freiheitsaktivist aus Lüdenscheid. Nach Corona widmet er sich nun einer maroden Talbrücke.

DW: Herr Turck, Ihr Aluminium-Druckguss-Betrieb ist Zulieferer u. a. für die Maschinenbauindustrie. Im DW-Interview (Ausg. 98 v. 23. Juli 2022) sagten Sie, die Politik fahre unser Land gegen die Wand. Wie ist die Entwicklung seitdem?

Axel Turck: Durch die Angst, die bei unseren Kunden entstanden ist, mussten wir im dritten Quartal einen Auftragseinbruch von fast 30 Prozent verkraften und ab Oktober einen erheblichen Energieteuerungszuschlag erheben, der Gott sei Dank von den meisten unserer Kunden akzeptiert wurde, so dass wir das Jahr 2022 letztlich wohl mit einer schwarzen Null abschließen können.



Der Unternehmer und Demokratieaktivist Axel Turck vor der Talbrücke Rahmede, die seit Dezember 2021 gesperrt ist. Foto: Inge Turck

DW: In Deutschland sind noch drei Atomkraftwerke am Netz, die spätestens am 15. April 2023 abgeschaltet werden. Was passiert dann?

A.T.: Mit Blackouts rechne ich nicht mehr. Es ist doch so: Wenn ich 25 Prozent weniger Umsatz mache, habe ich dadurch 25 Prozent Energie gespart. Aber das ist eine Milchmädchenrechnung. Ich muss Umsatz machen, um die Kosten zu decken, anderenfalls steht die Existenz des Unternehmens auf dem Spiel. Im Januar mussten unsere Kunden eine weitere Preiserhöhung schlucken, im Mai folgt die nächste. Die Spirale geht deutlich nach oben. Wenn in Deutschland alles immer teurer wird, bekommen wir auf dem Weltmarkt ein Problem.

DW: Sie waren mehrmals Gast im Corona-Ausschuss, zudem als Demo-Anmelder aktiv. Wo steht die Demokratiebewegung derzeit?

A.T.: Der Widerstand ist kontinuierlich aktiv. Aber wir alle stehen seit drei Jahren unter Strom. Da ist es logisch, dass viele Menschen erschöpft sind und auch mal eine Auszeit benötigen. Das merke ich an mir selbst.

DW: Mit welchem Gefühl blicken Sie auf das noch junge Jahr 2023?

A.T.: Mich stimmt positiv, dass immer mehr Menschen merken, dass die Pandemie nur ein Witz war und sie nicht länger alles glauben können, was *ARD* und *ZDF* verkünden. Die Impfschäden kommen zunehmend ans Licht, was für die Wahrheitsfindung sehr förderlich ist. Sämtliche Verschwörungstheorien sind zur Realität geworden. Corona ist für mich abgehakt, aber der Ukrainekrieg, die Inflation und die hohen Energiepreise sind nach wie vor ein großes Problem.

DW: Ein Thema, das Sie derzeit umtreibt, ist die Lüdenscheider Talbrücke Rahmede. Worum geht's genau?

A.T.: Bei elektronischen Messungen wurde festgestellt, dass die Brücke marode ist, weshalb sie im Dezember 2021 aus Sicherheitsgründen gesperrt wurde. Seitdem rollt der gesamte Verkehr bei uns mitten durch die Stadt, was für Chaos sorgt, von dem ich wie viele andere Unternehmer und Bürger direkt betroffen bin. Nach neun Monaten Recherche habe ich nun bei der Autobahn GmbH in Hamm das Brückenbuch einsehen dürfen.

DW: Zu welchem Ergebnis kamen Sie?

A.T.: Das Buch zeichnet kein gutes Bild von der Qualität und Gewissenhaftigkeit der Wartungen. Die Brücke wurde über Jahrzehnte systematisch ruiniert. Es ist eine unglaubliche Schlamperei. Die Politiker um Hendrik Wüst weisen jegliche Schuld von sich. Gemeinsam mit 15 anderen Unternehmern strebe ich ein Rechtsgutachten an, um die Geschehnisse juristisch aufzuarbeiten und die Vorgänge transparent zu machen. Mein Ziel ist es, dass jetzt so schnell wie möglich die Sprengung erfolgt, die Genehmigung für eine neue Brücke erteilt und der Neubau zügig errichtet wird. Ich befürchte, dass es um die Infrastruktur bundesweit ebenfalls nicht zum Besten bestellt ist.

Das Gespräch führte Klaus Müller.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

08. Januar 2023

Sehr geehrter Herr Lenz
Als Abonnent und begeisterter Leser wartete ich immer sehnsüchtig auf die nächste Ausgabe der „DW". Dann setzte etwas Ernüchterung ein. Zunehmende Anglizismen in einer deutschen Zeitung müssen nicht sein. Nach der Notwehr Russlands, wer die Geschichte kennt, dem ist sie verständlich, trugen die Kriegsberichte die Überschrift: „Neues von der Ostfront". Und das störte mich gewaltig. Dies kann nur ein Mensch ohne Lebenserfahrung schreiben.
Ich weiß, es ist nicht einfach, eine Zeitung immer mit interessanten Themen zu füllen. Aber nun ist wahrscheinlich „Sauregurkenzeit", und man bringt jede Woche einen neuen Kämpfer gegen das Corona-Regime, von dem bisher noch niemand etwas gehört hat. Aber sicher bin ich auch irgendwann einmal dran. Und Gabriele Gysis Erotikfimmel hat für mich etwas Lächerliches, füllt aber fast eine Seite.
Nun zum Reichsbürger: Das Deutsche Reich endete nicht 1918/19. Es bestand bis zum Ende des von langer Hand vorbereiteten Vernichtungskriegs gegen das Deutsche Reich, im Jahre 1945. Ich bin am 11. Juni 1944 als Sohn deutscher Eltern im Deutschen Reich geboren. Da es keinen Friedensvertrag der Alliierten mit Deutschland gibt, sondern nur Waffenstillstand herrscht, war ich weder Bürger der DDR, noch bin ich Bundesrepublikaner. Ich bin einfach bis zur endgültigen Klärung Deutscher.
Aufrüttelndes über die deutsche Kriegsschuld an beiden Weltkriegen, und die verlogene Geschichtsdarstellung, welche dem deutschen Volk seit 1945 eingetrichtert wird, ist in den Büchern:
„1939 Der Krieg der viele Väter hatte" von Gerd Schultze-Rhonhof (Kopp)
„Verborgene Geschichte, Wie eine geheime Elite die Menschheit in den 1. WK stürzte".
von Gerry Docherty und Jim Macgregor (Kopp)
zu lesen
Ich bin gespannt, ob sich mein Brief ungekürzt in der Zeitung wiederfindet
Mit freundlichen Grüßen

ANGLIZISMEN?
NEIN, DANKE!

Sehr geehrter Herr Lenz, als Abonnent und begeisterter Leser wartete ich immer sehnsüchtig auf die nächste Ausgabe des *DW*. Dann setzte etwas Ernüchterung ein: Zunehmende Anglizismen in einer deutschen Zeitung müssen nicht sein. Nach der Notwehr Russlands – wer die Geschichte kennt, dem ist sie verständlich – trugen die Kriegsberichte die Überschrift: »Neues von der Ostfront.« Das störte mich gewaltig, dies kann nur ein Mensch ohne Lebenserfahrung schreiben. Ich weiß, es ist nicht einfach, eine Zeitung immer mit interessanten Themen zu füllen. Aber nun ist wahrscheinlich »Sauregurkenzeit« und man bringt jede Woche einen neuen Kämpfer gegen das Coronaregime, von dem bisher noch niemand etwas gehört hat. Sicher bin ich auch irgendwann mal dran. (…) Das Deutsche Reich endete nicht 1918/19. Es bestand bis zum Ende des von langer Hand vorbereiteten Vernichtungskrieges im Jahre 1945. Ich bin am 11. Juni 1944 als Sohn deutscher Eltern im Deutschen Reich geboren. Da es keinen Friedensvertrag der Alliierten mit Deutschland gibt, sondern nur Waffenstillstand herrscht, war ich weder Bürger der DDR, noch bin ich Bundesrepublikaner, sondern einfach bis zur endgültigen Klärung Deutscher. Aufrüttelndes über die deutsche Kriegsschuld an beiden Weltkriegen und die verlogene Geschichtsdarstellung, die dem deutschen Volk seit 1945 eingetrichtert wird, ist in den Büchern: »1939: Der Krieg, der viele Väter hatte« von Gerd Schultze-Rhonhof und »Verborgene Geschichte: Wie eine geheime Elite die Menschheit in den Ersten Weltkrieg stürzte« von Gerry Docherty und Jim Macgregor (beide Kopp) zu lesen. – Hans Steffen R.

ZONENWEISE RENTABEL FRAGMENTIERT

Beim Weltwirtschaftsforum (WEF) berieten Großkonzerne und willige Politiker darüber, wie sie auf den Ruinen unserer Zivilisation ihr Horror-Imperium neu designen wollen. | BERICHT von Hendrik Sodenkamp

Der Davos-Gipfel 2023 macht klar: Großkonzernen und Machthabern geht der Arsch auf Grundeis. Sie wissen, dass immer weniger Menschen an ihrer Welt interessiert sind, dass weltweit die Aufstände gegen ihr Herrschaftsregime zunehmen, dass sich immer mehr Menschen von ihnen abwenden.

Sie fürchten sich vor wilden Streiks, vor immer größeren und entschlosseneren Protesten, vor Menschen die ihr Leben wieder selbst in die Hand nehmen wollen. »Die Welt befindet sich an einem kritischen Wendepunkt«, so der erste und damit wichtigste Satz des Gipfelprogramms, der sowohl als Beschreibung, aber auch als Befehl zu lesen ist.

FEIER IM GRAND-HOTEL ABGRUND

Der Gipfel des selbsternannten Weltwirtschaftsforums (WEF) fand vom 16. Januar bis gestern im Schweizer Luftkurort Davos statt. Man nahm sich dort laut Programm dieser Fragen an: Wie kann eine Energiekriese und Nahrungsmittelknappheit genutzt werden, um ein neues, haltbares System für Energie, Klima und Natur zu errichten? Wie können hohe Inflationsraten, geringes Wirtschaftswachstum und Verschuldung für ein neues System für Kapitalzuwachs, Handel und Infrastrukturkontrolle eingesetzt werden?

Weiters: Wie können Wirtschaftszweige und Kapitalfraktionen, die durch die Digitalisierung Schwierigkeiten bekommen, dazu gebracht werden ins Lager der Vierten Industriellen Revolution (Klaus Schwab) zu wechseln, oder mit den Mitteln der Vierten Industriellen Revolution bekämpft werden? Wie kann mit einem neuen System der Organisation von Arbeit, Fähigkeiten und Staatsfürsorge verhindert werden, dass die Menschen auf die Barrikaden gehen? Wie positionieren sich Großkonzerne und Regierungen in der multipolaren Weltordnung, um Macht, Einfluss und Kontrolle zu sichern und auszubauen?

Das Motto des Gipfels »Kooperation in einer fragmentierten Welt« war Programm. Wie es bei Managern immer der Fall ist, ist jedes Wort, das für Angestellte und Arbeiter negativ oder bedrohlich wirkt, ein Begriff für Chancen, für Potential und Erfolg. Was bedeutet dieses »fragmentiert« also? Zunächst einmal will das WEF, das die Welt als in Teile zerbrochen betrachtet wird. Die Weltordnung, die sich nach den 1990er Jahren entwickelt habe, sei nun zerbrochen, durch die »Coronapandemie«, den Nato-Russland-Krieg und die Wirtschaftskrise, die seit 2007 anhält und nun nicht mehr zu kaschieren ist. Alles Probleme, welche die Konzernchefs und Regierungen selber zu verantworten haben. Und es ist eine Strategie, die unter dem bekannten Motto »Teile und Herrsche« eine lange Tradition hat.

Fragmentiert bedeutet auch, »zusammenhängende oder verwandte Teile so zu organisieren, dass schwieriger auf sie zuzugreifen ist«. In dieser Form benutzt das WEF die Computer- und Digitalindustrie, die auf dem Gipfel zahlreich vertreten war. Teile und herrsche also auch nach innen, in den Machtbereich selber: Entscheidungen und Verantwortung sollen an so viele Orte verlagert werden, dass sie keinen demokratischen und rechtsstaatlichen Zugriff mehr erhalten können.

DIE TOTALE »KREATIVE ZERSTÖRUNG«

Wie das aussehen kann, sollten mehrere Klüngelrunden erleuchten, die klingende Titel verpasst bekommen hatten:

- »Ist Ihr Business bereit für die nächste Krise?«
- »Weil alles so fragil ist: Digitale Zentralbankwährungen!«
- »Wie wir ein Metaverse für alle hochziehen«
- »Warum wir den den grenzüberschreitenden Datenfluss verbessern müssen«
- »Paten des Kapitalismus der Verantwortung«
- »Warum nun die Stunde der Morgendämmerung der Stakeholder-Geopolitik schlägt«.

SCHOLZ SAGT WEITERE GENWAFFEN ZU

Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) reiste an und hielt eine Rede darauf, wie internationale Großkonzerne in Deutschland in Zukunft Gewinne erwirtschaften werden. Russland sei quasi schon besiegt, so der Kanzler. Kampfpanzer werde er auch in die Ukraine und an die Ostfront gegen Russland schicken, wenn es die anderen Nato-Staaten auch tun. Deutsche Kriegswaffen seien überhaupt mit die Besten der Welt. Man habe in diesem Jahr die Möglichkeit beim Schopfe ergriffen, um sich von Russland abzuwenden: »Zeitenwende!« Man habe mithilfe der Krise sehr schnell Fakten geschaffen. Deutschland werde für weitere Innovationen, wie der BioNTech-Genspritze zur Verfügung stehen. Das sei die »Deutschland-Geschwindigkeit«, so der unter anderem in die größten Korruptionsaffären der deutschen Nachkriegsgeschichtte verstrickte Kanzler (darunter Wirecard).

Darüber, wie in Zukunft politische Absprachen getroffen werden sollte, gab es konkretere Vorschläge. Vize-Präsident des WEF, Børge Brende schlug beim Gipfel vor, dass sich Regierungen noch verstärkt an Großkonzernen orientieren sollten. Diesen sei es im vergangenen Jahrzehnt gelungen, bei aller Konkurenz vermehrt Absprachen zu treffen, an die sich alle halten würden – bei Aufrechterhaltung der Konkurrenz. Der Angriff gegen die Redefreiheit von Digitalkonzernen wie Twitter, Facebook und Google ist ein Beispiel hierfür.

Eine ähnliche Kartellstruktur sollte auch zwischen Staaten bestehen, so Brende. Das würde helfen, »akute Schocks« und »Erschütterungen« zu überstehen. Dafür müsse man durch ein »holistisches Prisma« blicken, beispielsweise den Erhalt des eigenen Herrschaftssystems. Stakeholder-Politik, wie sie der WEF sehen möchte, sei nicht etwa Protektionismus. Industrien und Regierungen sollten nach diesem Vorbild grenzübergreifend zusammenarbeiten, um sich »gegen Widerstände gemeinsam zur Wehr« zu setzen. Bestenfalls dadurch, dass alle Menschen als Aktieninhaber des Herrschaftssystems ein Interesse am Erhalt der Ordnung haben. Wer dabei nicht mitmache, seien es Regierungen oder Gesellschaftsgruppen, habe erhebliche Nachteile zu erwarten, drohte Brende.



Klaus Schwab vom selbsternannten Weltwirtschaftsforum bei der Eröffnung des Gipfeltreffens 2023. Foto: WEF/CC

NENN MICH »MEIN PATE«

Solch ein Kartell erfordert einen familiären Umgangston »Mein Kanzler«, »mein Klaus«, so war die vertraute Ansprache zwischen Olaf Scholz und Mr. Schwab. Es war die Kumpanei derMächtigen, so wie es das Unsichtbare Komitee in seinem »Konspirationisitschen Manifest« beschreibt: »Eine Handvoll Entscheidungsträger badet in einer männerbündischen und weltenstürmenden Atmosphäre. Unterhalb dieses kleinen Nukleus enthemmter Horizontalität folgt dann aber eine Vertikale, nicht der Macht, sondern der Unterwerfung.«

Ob das Managementseminar in Davos ausreichen wird, um die riesige Aufstandswelle unter Kontrolle zu bekommen, die seit Jahren, und erst Recht seit den weltweiten Demonstrationen der Demokratiebewegung, die Konzern- und Parteienherrschaft bedrohen, ist mehr als fragwürdig. »Wir sind doch die Guten und lieben Euch doch alle!« – das war noch nie überzeugend. Konkrete Angebot für die Menschen in Form von materieller Verbesserung der Lebensverhältnisse, mehr Entscheidungsfreiheit und Sinn, war dem Gipfel nicht zu entnehmen. Am Ende bleiben ihnen die Waffen – und die seien im Falle Deutschlands, wie Olaf Scholz nicht müde wurde zu betonen, zielgenau, zerstörerisch und reichweitenstark.



DER SCHAUKAMPF UM LÜTZERATH

Am vergangenen Wochenende wurde das Dorf Lützerath im Kreis Heinsberg unweit der Stadt Mönchengladbach im Bundesland Nordrhein-Westfalen geräumt. Hunderte bis Tausende Naturschutzaktivisten hatten sich dort verschanzt, um den Abriss der Dorfes zu verhindern. Der Energiekonzern RWE will die unter Lützerath liegenden Kohleflöze ausbaggern und hatte entsprechende Verträge mit den Regierungen geschlossen. Das Dorf verschwindet (DW berichtete).

Bei den Schaukämpfen wurden sowohl Polizisten mit Steinen und sogenannten Molotow-Cocktails (selbstgemachte Benzinsprengsätze in Glasflaschen mit Zündfahne aus Stoff, die in den verschlossenen Flaschenhals gesteckt wird) als auch Demonstranten verletzt, als sie aus Baumhäusern und Befestigungen gezogen wurden. An den symbolischen Kämpfen nahmen unter anderem auch die durch Oligarchen und Staatskassen finanzierten und medial aufgebauten Aktivistendarstellerinnen Greta Thunberg aus Schweden sowie Luisa Neubauer aus der BRD teil. Teile des »Klimaschutz«-Aktivismus gelten als neofaschistisches Verscheleierungsprogramm der Verarmungspolitik westlicher Machthaber und Kapitalisten. Der Kreis Heinsberg war 2020 unter anderem durch die sogenannte Heinsberg-Studie bekannt geworden. In dem Landkreis war im Zuge der Corona-Lüge eine militärische Sonderoperation zur Segregation der Bevölkerung durchgeführt worden. (ale/jro; Foto: Compact-TV)



MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

SIGGELKOW, WACH AUF!

Das war ja irgendwie nicht anders zu erwarten: Das Weltwirtschaftsforum in Davos startet unter der Regie des WEF-Gründers Klaus Schwab und prompt verzerrt die »Tagesschau« alle Fakten, schreibt auf ihrer Webseite von »Verschwörungsmythen«. Und nein, Schwab ist keine Hassfigur, zumindest nicht bei aufgewachten Menschen. Aber seine Taten sprechen nun mal eine deutliche Sprache.

ARD-»Faktenfinder« Siggelkow empfehle ich eine Recherche zum Thema Kapital, mit dem das WEF initial gegründet wurde und aktuell finanziert wird. Abgeschrieben haben wir doch früher in der Schule. Mitgliedsbeiträge und öffentliche Zuschüsse, ja, man könnte aber mal erwähnen, wie gigantisch hoch diese sind. Und ja, es sei jedem Menschen sein Erfolg gegönnt, es kommt nur immer darauf an, was die Menschen daraus machen und wie sie dazu gekommen sind. Gerecht, sozial und ökologisch geht nämlich ganz anders.

Wenden wir den Blick vom internationalen Geschehen hin zu unseren nationalen Problemen: Gejammer über Inflation und hohe Energiepreise. Die Unternehmer sprechen von notwendigen Einsparungen, ihre Mitarbeiter dagegen von deutlichen Lohnerhöhungen, um die Inflation wenigstens teilweise ausgleichen zu können. Herr Habeck, unser bestes Pferd in Sachen Wirtschaft, dagegen hofft auf günstigere Gaspreise, anstatt endlich zum Wohle des Volkes zu handeln. 14 Prozent Gas haben die Deutschen weniger verbraucht. Klappt doch mit dem Sparen. Angst regiert die Welt nicht nur in Sachen Corona. Eine Gasmangellage sei zunehmend unwahrscheinlich, so die Bundesnetzagentur bei einem Füllstand von über 90 Prozent. Erstaunlich nur, dass die sinkenden Gaspreise auch dank alternativer Lieferanten – Norwegen hat Russland im vergangenen Jahr mit 33 Prozent von der Bundesrepublik importierten Gases als wichtigster Lieferant abgelöst – nicht bei den Verbrauchern ankommen.

Die großen Verbände als Interessensvertreter des deutschen Mittelstandes dagegen beschäftigen sich mit neuen Webseiten und planen weiterhin große Veranstaltungen mit Politikern wie Christian Lindner, anstatt diesen endlich mal klar und deutlich die Rote Karte zu zeigen. Schade auch um die Mitgliedsbeiträge. Hallo?

Bitte endlich aufwachen! Es braucht wirklich einen großen *Reset*, einen Neustart, überwiegend in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst nach der Wahrheit zu suchen, um Zusammenhänge erkennen zu können. Widerstand und Wandel *made in Germany*.

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Wo selbsternannte Stalins flanieren

BERICHT aus Davos von Daniel Langhans

Davos ist ein Mythos. Irgendwas tut sich in der Magengrube, wenn wir uns in diesen Tagen den Ortsnamen aussprechen hören.

Davos – das klingt nach unheimlich viel Macht, nach machtvoller Unheimlichkeit. Vom 16. bis 20. Januar 2023 trafen sich dort wieder die Leute, die für sich beanspruchen, die Zeitenläufte und damit die Bedingungen für die Menschen aller Länder diktatorisch zu bestimmen. »Wer zahlt, schafft an«; »Wess' Brot ich ess', dess Lied ich sing.« – So und ähnlich verrät es uns bereits der Volksmund. Es sind die Ultra-Reichen, die sich hier treffen und die Polit-Marionetten aus vielen Staaten zu sich herzitieren, der Leiter der Kompanie Klaus Schwab wörtlich: »Wi penetreit se kabinetts« (wir penetrieren die Ministerrunden).

Auf Anregung des unabhängigen Journalisten »Aktivist Mann« machten sich am Samstag vor dem Mega-Kongress, zu dem 3.000 Teilnehmer aus Oligarchenkreisen und Regierungen erwartet wurden, aus Deutschland und der Schweiz einige Repräsentanten der Demokratie-Bewegung auf den Weg. Dann, kurz vor Fahrtantritt, ging ein 30-Sekunden-Video durch die Telegram-Grube, das zeigte, wie Besucher den rot-weißen Polizisten ihre Fingerabdrücke (!) geben mussten. Mit flauem Gefühl im Bauch setzte ich mich ins Auto.

Und dann die Überraschung: Als wir den Bahnhof »Davos-Platz« erreichten, hatte es nicht einmal eine stinknormale Polizeikontrolle gegeben, geschweige denn eine derartige Maßnahme wie gegen Schwerverbrecher... War das Fingerabdruckvideo also im Vorfeld gezielt platziert worden, um missliebigen Protestlern den Mut zu nehmen?

MENSCHENWÜRDE, FREIHEIT, SOUVERÄNITÄT

Und zum Protest gibt es weiß Gott genug Anlass: Wissen wir doch – spätestens – seit unserem Intensivstudium »Globale Verschwörung in der Praxis«, dass die Agenda 2030 das genaue Gegenteil von dem bewirken soll, was mit den Werten »Menschenwürde«, »Freiheit« und „Souveränität" verbunden ist. Nicht erst, aber insbesondere das Buch »Great Reset« (etwa: Großes Zurückstellen) von Klaus Schwab, dem Gründer des »World Economic Forum« (Weltwirtschaftstreffen), hat inzwischen sogar manch einem *Mainstream*-Gläubigen die Augen geöffnet: Über die tatsächlichen Ziele der Reichen und Mächtigen: Transhumanismus, Weltdiktatur, Digitale Überwachung und Versklavung, Reduzierung der Weltbevölkerung. Und genau das wird in Davos greifbar: Du gehst durch die Straßen, und Dir wird klar, dass schon wenige Tage später genau hier die selbsternannten Stalins (womit alle anderen Diktatoren der Weltgeschichte mitgemeint sind, die in dieser »Demokratie« nicht genannt werden dürfen) munter-plaudernd, vielleicht auch süffisant-lächelnd flanieren werden.

Und wir? – Nun, die Ernüchterung darüber, dass außer einem knappen Dutzend keine weiteren Vertreter der Wahrheits- und Friedensbewegung zur angemeldeten Kundgebung gekommen waren, war schnell überwunden. Als Widerständler ärgerst du dich nicht, du handelst – und nutzt die Möglichkeiten, die sich dir bieten.

So gab es einzelne Interviews, die später zu Videos verarbeitet wurden und demnächst sechsstellige Klickzahlen erreichen werden. Die Themen so originell wie die einzelnen Menschen: Je unterschiedliche Perspektiven auf das Massenverbrechen gegen die Menschheit, gegen den Menschen, welches von diesem verschneiten Schweizer Tal schon vor langer Zeit seinen Ausgang genommen hat. Was dabei dominiert, ist das öffentliche Zeichen – und die Zuversicht: Kein Zwangssystem der Welt hat sich gegen den Wahrheits- und Gerechtigkeitswillen der Menschen auf Dauer durchsetzen können. – Ja, der Mythos Davos wird bald Geschichte sein!

Dr. Daniel Langhans ist Kommunikationstrainer und Aktivist für die Menschenwürde.

NEUE GEGENSÄTZE, ALTE GEGENSÄTZE?
Von Friedrich Engels

Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigner, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zu einander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete, oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.

In den früheren Epochen der Geschichte finden wir fast überall eine vollständige Gliederung der Gesellschaft in verschiedene Stände, eine mannichfaltige Abstufung der gesellschaftlichen Stellungen. Im alten Rom haben wir Patrizier, Ritter, Plebejer, Sklaven; im Mittelalter Feudalherren, Vasallen, Zunftbürger, Gesellen, Leibeigene, und noch dazu in fast jeder dieser Klassen wieder besondere Abstufungen. Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt. Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große einander direkt gegenüberstehende Klassen – Bourgeoisie und Proletariat. Aus den Leibeigenen des Mittelalters gingen die Pfahlbürger der ersten Städte hervor; aus dieser Pfahlbürgerschaft entwickelten sich die ersten Elemente der Bourgeoisie. (Aus: Friedrich Engels Manifest, Burghard-Verlag, London 1848.)



LANGHANS IN DAVOS

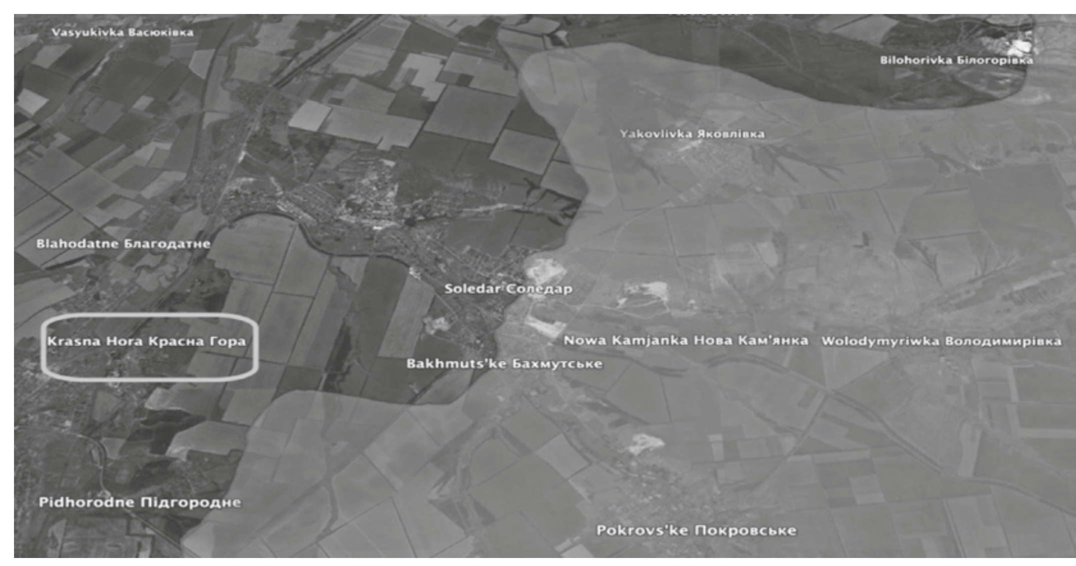
»Sie wollen uns versklaven und digital überwachen!« Der Demokrat und Aktivist Dr. Daniel Langhans ist beim Davoser Fürstengipfel als freier Beobachter dabei. Im Schweizer Kurort trifft sich in der laufenden Woche die versammelte neofaschistische Terror-Elite des Planeten. Die Teilnehmerliste beinhaltet die schrecklichsten Oligarchen des Westens (Multimilliardäre) und bringt sie mit ihren Politmarionetten zusammen. Darunter unter vielen anderen die BRD-Außenministerin und WEF-Lobbyistin aus dem Kapitalistenrekrutierungsprogramm »Young Global Leader« (junge Globalführer) Annalena Bärbock (Bündnisgrüne). Foto: free-people.org

Nach dem Fall von Soledar

Neues von der Ostfront | Von Felix Feistel.

Lange scheint die Lage in der Ukraine schon vergleichsweise ruhig zu sein. Seit die russischen Soldaten sich vor einigen Monaten erst aus Charkow im Nord-Osten, dann aus Cherson im Süd-Osten des Landes zurückziehen mussten, was in Nato-Medien als Zeichen eines baldigen Sieges der Ukraine gedeutet wurde, schien kaum Bewegung im Krieg zu sein. Der Frontverlauf stagnierte. Mit Ausnahme gelegentlicher Artillerieangriffe seitens Russland auf die Ukraine und seitens der Ukraine auf Donjetsk, gab es nichts mehr zu berichten.

Grund dafür ist, dass die Ukraine im Stellvertreterkrieg der USA mit Russlands seit 2014 im Westen des Donbass eine große, hufeisenförmige Verteidigungsanlage eingerichtet hatten, welche die Städte Sewersk, Soledar, Artjomowsk, Konstantinowka, Druschkowka, Kramatorsk und Slawjansk einschließt. Es handelt sich um ein durchgehend besiedeltes Gebiet ohne große offene Flächen. Ein Vorstoß der russischen Truppen durch den Festungsring war schwierig. Nun jedoch hat das russische Außenministerium am zurückliegenden Samstag die Eroberung der Bergwerksstadt Soledar durch die private Söldnerfirma Wagner bekanntgegeben, die mit schätzungsweise 50.000 Kämpfern in der Ukraine aktiv ist. Der Militärexperte Michail Onufrijenko erklärte gegenüber der Zeitung Wsgljad: »Die Einnahme des gesamten Territoriums von Soledar bedeutet, dass diese durchgehende Verteidigungslinie nach dem Fall von Lissitschansk und Sewerodonezk durchbrochen wurde. Darüber hinaus ist Sewersk eingeklemmt zwischen dem Fluss Sewerskij Donez und unseren vorrückenden Truppen, die es vom Osten und Süden her einkreisen. Diese weiter zu verteidigen, wird sehr problematisch.«



Jedes Feld und jede Salzmine umkämpft: Detail des Frontverlaufs im russisch-amerikanischen Krieg auf dem Territorium der Ukraine vom 2. Januar 2023. Russische Truppen umschlossen die Stadt Soledar und nahmen sie dann ein. Bild: Maxar

ARTILLERIEDUELLE WIE IM ERSTEN WELTKRIEG

Hinzu kommt, dass die Versorgung der ukrainischen Seite, die über eine Eisenbahnlinie und eine Straße erfolgte, welche die Städte miteinander verbindet, damit unterbrochen ist. Das macht es für die Ukraine zunehmend schwierig, die Befestigungsanlage effektiv zu verteidigen. Medienberichten zufolge erwägt die Ukraine daher mittlerweile einen Rückzug aus der Stadt Artjomowsk, das auch als Bachmut bekannt ist. Um diese Stadt hatte es in den letzten Wochen blutige Artillerieschlachten und Grabenkämpfe gegeben, sodass die Stadt unter Analysten den Beinamen »Fleischwolf« bekommen hat. Zu Tausenden hat Kiew Soldaten in diese strategisch wenig bedeutende Stadt geschickt, die dort Berichten zufolge in großer Zahl gefallen sind.

Weiter erklärte Onufrijenko: »Meiner Einschätzung nach werden Artjomowsk und Sewersk als Nächstes nach Soledar fallen, und die Lage der Garnison in Torjetsk, von der aus Gorlowka und Donjetsk regelmäßig beschossen werden, wird sich verschlechtern. Dies wird einen Dominoeffekt auslösen, da der Angriff auf Tschassow Jar, Konstantinowka, Druschkowka und Kramatorsk unvermeidlich folgen wird. Doch all dies wird nicht schnell geschehen.« Die Strategie der russischen Seite ist nach dem missglückten »Blitz« auf Kiew ab 24. Februar 2022 nun das langsame und effiziente Vorrücken aus den russischsprachigen Regionen an der Ostflanke der Ukraine. Um große Verluste der eigenen Seite zu vermeiden, beschränkt sich das russische Militär darauf, die in der zweiten Phase des Krieges schnell eroberten Gebiete gegen die Angriffe der Ukraine zu verteidigen. Dabei kommt vor allem die Artillerie, welche der ukrainischen im Verhältnis zehn zu eins überlegen ist, zum Einsatz. Militärexperten wie der deutsche Ex-Brigade-General und Merkel-Militärberaterin Erich Vad oder auch der US-amerikanische Generalstabschef Mark Milley sind davon überzeugt, dass der Ukrainekrieg auf dem Schlachtfeld nicht beendet werden kann. Trotzdem liefern westliche Länder auf Druck der Konzernmedien und des »Tiefen Staates« (Nato) immer neue Waffen nach Kiew. So hat die deutsche Bundesregierung nun verkündet, Schützenpanzer des Modells »Marder« (Rheinmetall) liefern zu wollen. Und auch Frankreich, Britannien und Polen liefern neue Panzer. Diese jedoch werden den Experten zufolge keine Kriegswende bringen.

PROTESTE IN CHINA

BERICHT von Felix Feistel

Nachdem im vergangenen Herbst China durch Proteste gegen die rigide Corona-Politik erschüttert worden war, hat die Kommunistische Partei sämtliche Maßnahmen aufgehoben, und ihre Zero-Covid-Politik aufgegeben. Doch sind die Proteste dadurch nicht verschwunden.

Nun wird die Volksrepublik von einer weiteren Welle teils gewalttätiger Aufstände heimgesucht. So protestieren in verschiedenen Regionen Chinas mehrere Tausend Arbeiter von Firmen, die Corona-Testkits und weitere Ausrüstung, die für die Pandemiepolitik des Landes von Bedeutung war. Diese Firmen weigern sich nämlich vermehrt, die Löhne und versprochenen Boni auszuzahlen. Die Firmen hatten während der sogenannten Pandemie Milliardenprofite erwirtschaftet. Allein zehn große börsennotierte Unternehmen erwirtschafteten im ersten Halbjahr 2022 über 2 Milliarden Euro an Gewinnen.

CHINA IN ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN?

Doch nun, da die Zero-Covid-Politik sowie der Testzwang beendet sind, verlieren sie die Aussicht auf weitere Einnahmen. Zudem stoppte die Regierung die Auszahlung von Geldern an die Unternehmen, sodass sie ihre Produktion stoppen mussten. Nachdem die Unternehmen in den vergangenen drei Jahren Tausende Mitarbeiter eingestellt hatten, wurde den Werktätigen nun vielfach gesagt, sie könnten bis zum chinesischen Neujahrstag ihre Arbeitsstätte verlassen (23. Januar 2023). Ob sie zurückkehren können, bleibt für viele ungewiss. Die Wut der Chinesen über die Entlassungen und die Verweigerung der Zahlung von Gehältern führt vielfach zu Protesten. Einige randalierten so konsequent, dass sich sogar die Polizei zeitweise zurückziehen musste. Dennoch berichten regionale Verwaltungsmitarbeiter, dass sie von den Protesten nichts mitbekommen hätten, und vermuten eine Informationssperre. Weiter erklärten Mitarbeiter lokaler Verwaltungen, dass in China derzeit überall das Geld fehle. Selbst Beamte und Regierungsmitarbeiter werden teilweise nicht bezahlt.

Während der vielen *Lockdowns* sind viele chinesische Branchen in die Rezession gerutscht. Lediglich die durch die Pandemie getriebene Pharmabranche konnte während dieser Zeit wachsen. Doch nun gerät auch diese in den Abschwung, wodurch China einer unsicheren Zukunft entgegengeht.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.



Grabenkrieg mit Artillerie: Soldat vor Kriegsruinen in der Stadt Soledar. Foto: Bitchute

LAWROWS KONFERENZ

Moskau/DW. »Es ist ein Stellvertreterkrieg der Nato«, so der Außenminister der Russischen Föderation, Sergej Lawrow, im Zuge der Jahreskonferenz seines Ministeriums am 18. Januar. Stellvertreterkrieg? Dies bezeugten nicht nur zahlreiche Expertenmeinungen, darunter von Henry Kissinger, sondern auch der Umfang der westlichen Unterstützung für Kiew, so der dienstälteste Außenminister der Welt. Der Krieg leite den Wechsel von einer US-dominierten zu einer multipolaren Weltordnung ein.

Lawrow zufolge gingen die USA von legitimen zu illegitimen Methoden über, um die eigene Dominanz noch zu retten. Um Russland zu sanktionieren, habe der kollektive Westen alle »heiligen« Grundlagen des eigenen Globalisierungsmodells, darunter die Prinzipien des freien Marktes und freien Wettbewerbs, Unantastbarkeit des Eigentums und die Unschuldsvermutung verletzt und zerstört. (ale mit Material von Ruptly)

MELDUNG

PERÚ WEITER IN AUFRUHR

Lima/DW. In Perú haben linke Organisationen weitere Mobilisierung von Protesten verkündet. Seit der Inhaftierung des ehemaligen Präsidenten José Pedro Castillo Terrones und der Amtsübernahme der ehemaligen Vizepräsidentin Dima Boluarte wird das Land von Protesten erschüttert (*DW* berichtete). Die Regierung hat den Ausnahmezustand ausgerufen, die Sicherheitskräfte gehen mit Gewalt gegen das Volk vor. Berichten zufolge sind seit der Amtsübernahme Boluartes mindestens 41 Menschen dabei ums Leben gekommen. (ffe)

WANN UND WO?

Stockholm/DW. Nach einer gemeinsamen Pressekonferenz der Außenminister von Schweden und Finnland ist der Beitritt der beiden Länder zur US-Kriegsorganisation Nato weiterhin ungewiss. Schwedische Regierungsvertreter hatten zuvor erklärt, Forderungen, welche die Türkei als Gegenleistung für ihre Zustimmung zu dem Beitritt Schwedens erhoben hatte, nicht erfüllen zu können. Demnach verlangte Ankara die Auslieferung eines türkischen Journalisten, dem vorgeworfen wird, in den versuchten Putsch gegen die Regierung Erdogan im Jahr 2016 verwickelt zu sein. Finnland erklärte, nicht ohne Schweden der Nato beitreten zu wollen. (ffe/ale)

FRACHTER HAVARIERT, BOSPORUS GESPERRT

Istanbul/DW. Nachdem ein aus der Ukraine kommendes 142 Meter langes Frachtschiff der Gattung MKK-1 im Bosporus auf Grund gelaufen ist, wurde dieser für den Schiffsverkehr gesperrt. Bei dem Frachter handelt es sich Berichten zufolge um ein Schiff, das im Rahmen des Getreideabkommens unterwegs gewesen sei. Spezialschiffe begannen umgehend damit, das Frachtschiff zu bergen. Seit Sommer wird ukrainisches Getreide über das Schwarze Meer und die Meerenge Bosporus exportiert gemäß eines zuvor zwischen Russland und der Ukraine geschlossenen Abkommens transportiert. Die Anzahl havarierter Frachtschiffe in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren gilt als auffällig. (ffe/ale)

Parteien im letzten Ab

Wie die Regenbogen-Allparteienkoalition unter Führ

Aus dem Herzen des Verbrecherregimes z

Wo man bei diesem Regime auch hinblickt: Man sieht nur Unfähigkeit, Boshaftigkeit, Gehässigkeit. Es fängt schon beim Staatsoberhaupt an: Frank-Spalter Steinmeier (SPD) ist seines Amtes längst unwürdig. In verletzender und diffamierender Weise äußerte er sich mitten in der Plandemie über Ungespritzte: »Sie gefährden uns alle!«

Statt als Stimme der Vernunft zu versöhnen, stigmatisierte Steinmeier einen Teil der Bevölkerung, der bis heute auf eine Entschuldigung für diese Fehlleistung wartet.

Der Kanzler? Ein Wort macht die Runde: Er sei mit einem wirklich schlimmen Virus infiziert, er leide an »HIV«, ausbuchstabiert an »Hab Ich Vergessen«. Ob CumEx-Affäre oder Wirecard-Bestechung – dieses Kanzlerlein (darf man das so sagen, Herr Montgomery?) kann sich offenbar alles leisten, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Wenn Olaf Scholz auf offener Straße jemanden umhauen würde – sämtliche Augenzeugen würde die Propaganda wohl als »Schwurbler« oder »Rechtsextreme« diffamieren. Auch des Kanzlers Minister (m/w/d) genießen im freidrehenden Apparat Narrenfreiheit.

»KARLATAN, PHARMALOBBYJÜNGER«

Wo soll man bei den Absurditäten dieses Kabinetts anfangen und wo wieder aufhören? Über Karlatan, den Pharmalobbyjünger muss man wirklich kein Wort mehr verlieren. Allein die Behauptung, die Corona-Schlumpfung sei nebenwirkungsfrei, ist ein Hohn für jedes einzelne der unzähligen Giftinjektionsopfer.



MUSS DER PREIS WIEDER ABERKANNT WERDEN?

Muss der Preis wieder aberkannt werden? Die frühere Bundesverteidigungsministerin erhielt am 7. Januar 2023 den derzeit angesehendsten Öffentlichkeitspreis Deutschlands, den Preis der Republik. Die Jury war davon ausgegangen, dass Christine Lambrecht (SPD) mit ihrem Silvestervideo den Kriegsaustritt der BRD bekanntgegeben hatte. Auf dem Bild: Die Titelseite der 117. Ausgabe dieser Wochenzeitung zu diesem Anlass. Schon kurz nach der Bekanntgabe gingen massive Proteste ein. Die Preisverleihung an Lambrecht soll nun vor der nächsten DW-Ausgabe schonungslos aufgearbeitet und neu verhandelt werden. (ale)

Eine ernsthafte Gefahr für unsere Demokratie stellt auch Nancy Fäser dar, die auf dem linken Auge (oder dem rechten? Oder beiden?) blind ist. Sie treibt den Abbau von Bürgerrechten und Demokratie mächtig voran, bekämpft Kritiker und missliebige Meinungen. Nach dem »größten Anti-Terroreinsatz unserer Geschichte« und »einem verhinderten Staatsstreich« – damit meinte sie den kindischen PR-Gag um die Reichsbürger-Rentner*gang* im Dezember – bläst sie mit der Beweislastumkehr zur Hexenjagd auf vermeintlich illoyale Beamte. Gleichschaltungsversuche live, »Säuberung« nannten das vorherige Diktatoren.

Auch über Christine Lambrecht wurde schon viel geschrieben. Die Helikoptermama betrachtete unsere Luftwaffe eher als Touristikunternehmen – ganz zur Freude ihres Sohnemanns. Schön auch für Panzer-Chrissi, dass sie im Krieg »herzliche Bekanntschaften« machen durfte. Doch jetzt hat sie fertig und den Rettungsfallschirm gezogen. Eine butterweiche Landung ist ihr gewiss, denn für den ganzen Mist, den sie verbockt hat, erhält sie für die nächsten zwei Jahre 227.000 Euro Übergangsgeld – natürlich von uns Steuerzahlern. Nun ja, verdient ist verdient. Immerhin bleibt uns dafür erspart, dass sie auch noch die Marine mit der Aida verwechselt.

Die Verteidigungsministerin ist also Geschichte. In der irrigen Hoffnung, ihr bejubeltes Silvestervideo sei ein Ausstieg aus der deutschen Kriegsbeteiligung im derzeitigen angloamerikanisch-russischen Krieg in der Ukraine, erhielt sie sogar den derzeit angesehensten Öffentlichkeitspreis Deutschlands: Den Preis der Republik (#DW117, Seite 2).

UMSTRITTENE PREISTRÄGERIN

Auf diesem Posten folgt nun mit Boris Pistorius ein – Ex-Chauffeur. Chapeau! Was für eine steile Karriere. Seine Vorgängerin hat(te) von Panzern in etwa so viel Ahnung wie Wirtschaftsminister Robert Habeck von – richtig – Wirtschaft. Und damit sind wir bei den Bündnisgrünen! Bei Insolvenzen kennt sich der Vizekanzler, wie inzwischen jeder weiß, nicht so gut aus. Was für eine Pleite! Aber nicht schlimm, er hat andere Qualitäten. Märchen kann er gut. Und er hat die Haare schön.

Schon Sahra Wagenknecht stellte 2020 in einem Interview für das Fotomagazin Playboy fest: »Man muss Robert Habeck nicht mögen, aber er sieht nach Ansicht vieler gefällig aus.« Und so viel Schönheit muss natürlich verewigt werden. Könige hatten ihre Hofmaler, Pleiten-Robert seinen Fotografen, der dem Steuerzahler für vier Jahre 400.000 Euro kostet.



Das Volk ist da! Am 1. August 2022 vor dem Bundestag: Das anwesende deutsche Volk nimmt in Abstimmung einstimmig den Fünf-Punkte-Plan der Demokr

Was er kann, kann Annalena Bärbock schon lange: Sie gönnt sich eine Stylistin für schlappe 7.500 Euro im Monat und machte, ähnlich Nancy, dem schönen Umlaut Ä im Namen den Garaus, damit er auf US-Tastaturen leichter von der Hand geht.

Thema Styling, also: Hätte sie das Geld nicht besser in einen Logopäden, einen Sprachtrainer, investiert? Oder in einen Erdkundelehrer? Obwohl fast jedes Grundschulkind wiedergeben kann, dass der Erdumfang etwa 40.000 km beträgt, kennt Annalenchen Länder, die »Hunderttausende von Kilometern« entfernt sind. Waheeeit weg jedenfalls, j.w.d., »janz weit draußen«! Welche? Hat sie bislang nicht verraten.

Dass man als Außenministerin viel und weit herumkommt, ist nicht verwunderlich. Aber Bärbock verfügt über Fortbewegungsmittel, von denen andere nur träumen können. Flugzeuge? Raketen? Alles von gestern! Annalena ist ihrer Zeit voraus. Sie reist per, buchstäbliches Zitat Bärbock: »Rubabrauer«. Man weiß nicht genau, was das für ein Transportmittel ist – offenbar streng geheim – aber es dürfte umweltschonend sein, schließlich träumt Bärbock

n Licht der bendsonne

ung der Bündnisgrünen Bomber unser Land zerstört.
zitiert und kommentiert Johnny Rottweil



atiebewegung an (siehe Seite 2 unten). Foto: Georgi Belicki

»vom Ende des fotzilen Zeitalters«. Entschuldigen Sie bitte, ich mache mich nicht über Frauen lustig, darum geht es hier ganz und gar nicht, es gibt sehr kluge und fähige Frauen, die auch Männern überlegen sein können, jedenfalls nicht weniger wert sind.

Aber der Bärbock halt: Nachdem sie sich schon, wörtlich, für die »Fressefreiheit« engagiert hat, setzt sie sich vehement zur Rettung der Kobolde ein. Jedenfalls berichtete sie schon 2021 von »ersten Batterien, die auf Kobold verzichten können«. Sollte es stimmen, wäre dies ohne Meifel ein Zweilenstein, ähm, der Wissenschaft. Pumuckl & Co könnten endlich aufatmen.

Trotz dieser Erfolgsnachrichten aus dem Segment seltene Erden und Erze hat der Bärbock nicht nur Fan*innen. Inzwischen mehren sich ihre Kritiker zur Mehrheit.

Frisierter Lebenslauf? Egal, kann mal passieren! Buch-Plagiat? Egal, ist einfach doof gelaufen! Aber für Aufregung sorgte ihr Aufruf: »Lasst uns dieses Europa gemeinsam verenden!« Die Spritzenverdiener in unserem Land werden darüber lachen können, denn Bärbock plant, für Paare »ab 200.000 Euro« Jahreseinkommen »den Steuersatz auf 45 Euro anzuheben«. Keine Frage: Sich über Sprachstörungen anderer lustig zu machen, verbietet sich – normalerweise. Bei unserer Außenministerin, die fürs eigene Volk (darf man das Wort im propagandistischen Wokistan überhaupt noch benutzen?) wahrlich nichts Gutes im Sinn hat und der es egal ist, »was meine Wähler denken«, stellt sich die Lage anders dar. Ohne Spott ist sie kaum noch zu ertragen. Zumal es sich bei ihr wohl nicht nur um eine sprachliche Störung handelt: Sie weiß offenbar tatsächlich nicht, dass es Kobalt und nicht Kobold heißen muss. Und wer in Erdkunde bereits beim Grundschulstoff massive Wissensdefizite aufweist, sollte vielleicht erstmal Nachhilfeunterricht nehmen, bevor er, pardon: sie, Politik macht, geschweige denn als Ministerin agiert.

REGENBOGEN-BOMBER

Es gibt Menschen, die spekulieren über den IQ, den Intelligenzquotienten, von Annalena Bärbock. Es halten sich Gerüchte, er solle bei 180 liegen. Nach *DW*-Informationen stimmt die Zahl zwar, bezieht sich allerdings auf die komplette Sekte aller Grün*innen um Habeck, Bärbock, Lang-Wiebreit & Co.

Die Grünen haben wahrlich keine guten Absichten für unser Land, die Partei gehört schon lange versenkt, hat aber mit Hilfe aus Übersee Marketing-Erfolg. Für ihren Untergang allein hätte meines Erachtens eigentlich schon die in den 1980er-Jahren erhobene Forderung nach Straffreiheit für Pädophilie sorgen müssen. Gehts noch kranker?

Aus ihren ideologischen Plänen und Zielen machen die Kriegstreiber-Bündnisgrünen keinen Hehl. Während die Länder um uns herum Atomkraftwerke bauen, holzen wir Wälder ab, um Windräder aufzustellen, deren Rotorblätter kaum recycelbar sind. Und auch die Bündnisgrünen werden demnächst ihr zweites Gründungsthema über Bord werfen und den Bau von Atomkraftwerken mit dem Klimaschutz rechtfertigen, der den Umweltschutz ersetzt hat, damit es nur noch um heiße Luft geht. Das erste Gründungsthema, die unbedingte Friedenspolitik, ist ja bereits 1999 grund- und völkerrechtswidrig versenkt worden. Durch Joseph, genannt Joschka, Annalenas Amtsvorgänger beim Kriegstreiben. Damals für das Bombardement der Stadt Belgrad.

Die Welt entwickelt sich weiter. In Deutschland – so der Traum der Grünen – kommt der arbeitende Teil der Bevölkerung bald wohl mit der Pferdekutsche zur Arbeit. Oder doch mit dem Lastenrad? Aber welche Arbeit? Ob mit ihrer gescheiterten Energiepolitik, den Sanktionen gegen Russland oder der Kriegstreiberei: Die Grünen sind die Auftragskiller unseres Mittelstands. Millionen Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Zudem natürlich längst auch unsere christlichen Werte und unsere Kultur. »Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch, und ich freue mich darauf«, erklärte Katrin Göring-Eckardt. Ob sich das deutsche Volk ebenso über die unkontrollierte und teils absichtlich herbeigeführte Massenmigration freut? Egal!

DIE GRÜNEN STEHEN FÜR LÜGEN, HEUCHELEI UND EINE UNGLAUBLICHE DOPPELMORAL.

In den vergangenen Tagen ging ein Text (Verfasser unbekannt) in den sozialen Medien viral: »Grüne beschließen die Räumung von Lützerath, unterstützen dann den teils gewalttätigen Widerstand im Dorf und Umfeld gegen den entsprechenden Polizeieinsatz, welchen sie selbst verantworten. Krönung der Geschichte: Die Grünen stellen den Cheflobbyisten des Konzerns RWE, der sich den Grund und Boden um Lützerath für den Braunkohletagebau einverleibt.« Allein das sagt schon eine Menge über die Partei aus.

Wie sehr die Grünen unser Land verachten, macht ein Zitat aus Habecks Buch »Patriotismus – Ein linkes Plädoyer« deutlich: »Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.« Traurig aber wahr: »Deutschland schafft sich ab«, wusste Thilo Sarrazin (SPD) schon 2010. Wir sind dank Grün-Rot-Gelb-Schwarz auf dem besten Weg.



Johnny Rottweil ist gelernter Handwerker, IT-Experte und DG-Mitglied, siehe *demokratischegewerkschaft.de.*



»RAUS AUS DER NATO«

Berlin-Kreuzberg (Warschauer Straße) vor der Berlin-Wiederholungswahl am 12. Februar: »Raus aus der Nato« auf Plakat der Bündnisgrünen. Foto: ale/DW

Frei.Wild

Die unzähmbaren Freiheitskämpfer
BERICHT von Klaus Müller

Es gibt sie noch, die Rockmusiker in unserem Land, die wach und kritisch sind und rebellieren, wenn ihnen etwas gegen den Strich geht oder sie Gefahren wittern. Die Toten Hosen, die wie andere für die Giftspritze warben (»Impfen schützt«), während ihrer Tour ungeniert mit Gesichtswindeln – dem Symbol von Gehorsam und Unterwürfigkeit – im Zug durch die Republik reisten und davon gar Fotos in den sozialen Medien posteten, gehören sicher nicht dazu. Aber Frei.Wild!



Haben keinen Bock auf Meinungsdiktatur, Moralkeulen und blinden Gehorsam: Frei.Wild um Sänger Philipp Burger (2.v.l.). Foto: CC/KingLeo92

Die Erfolgsband aus Südtirol, die wegen der Jugendsünden ihres Sängers Philipp Burger von den *Mainstream*medien zu Unrecht als Rechts ge*framet* wird, hat noch nie ein Blatt vor den Mund genommen, schon gar nicht in den letzten drei Jahren. »Keine Ahnung, wieso und ab wann Angepasstheit und Systemtreue zu den Statussymbolen des Rock, Pop und Punk geworden sind?«, fragt die Band in einem Facebook-*Posting* vom 9. Januar. Aber »irgendwer muss den Job ja machen, nicht wahr? Und auch wenn es uns viel Kraft, Nerven, Zeit und Federn gekostet hat, wir sind froh darüber, hier echt auf verdammt einsamen Pfaden unterwegs zu sein.«

Am liebsten lassen sie aber ihre *Songs* sprechen. »Corona-Weltuntergang« ist ein klares Statement zur völlig unbegründeten Angst, die während der Plandemie geschürt wurde. In »Zensurfaschismushasser« – einem *Track* aus Philipp Burgers Ende 2021 veröffentlichtem ersten Soloalbum »Kontrollierte Anarchie«, das es in den deutschen *Charts* bis auf Platz eins schaffte – geht es ums »Löschen, zensieren, blockieren, ignorieren, brandmarken« anderer Meinungen, wie Burger in einem *Youtube*-Video zum *Song* erklärt. Was ihn besonders erschrecke, sei die Art des Umgangs miteinander. Bei »unbedingt diskutierpflichtigen Themen«, etwa politischen Dingen, gehe es nur noch um den aggressiven »Totalangriff auf den vermeintlichen Feind.«

Burger, der nicht nur Musiker, sondern auch Landwirt und Imker ist, hat dafür null Verständnis: »Was soll dieser Scheiß?«, fragt er. Vor allem im *Punk* und Rock sei es einst völlig normal gewesen, »Kritik an Regierenden und deren Entscheidungen« zu üben. Doch längst würden Offenheit und Respekt durch eine überhebliche Moralkeule ersetzt. Burger verweist auf die Geschichte, in der »blinder Gehorsam und Schafsherdentrieb« zu sehr schlimmen Dingen geführt haben.

Schon am vergangenen Silvestertag appellierte die Band auf *Facebook* an ihre Fans: »Lasst euch bitte eines niemals nehmen: Euren Willen den Mund aufzumachen, wann immer es nötig ist. Und das bitte auch, wenn es starken Gegenwind gibt.«

DER KÜRZESTE WEG IN EINE AUFRICHTIGE DEMOKRATIE

Ein MEDIENAPPELL von Jimmy Gerum (Leuchtturm ARD)



Seit 29 Wochen in über 40 Städten: Die Medienwachen.
Foto: LeuchtturmARD

Die Leser der freien Medien können sich ein detailliertes Bild erarbeiten vom Zustand der westlichen Demokratien. Der Autor dieser Zeilen studiert diese freien Medien seit acht Jahren intensiv. Dieses Privatstudium erlaubt einen vielseitigen Blick auf die Probleme in der Welt.

Die Steuerung der öffentlichen Meinung geschieht jedoch nicht durch die vielseitige Betrachtung der globalen Verhältnisse in den freien Medien, sondern durch die einseitige Haltung der von Interessen gelenkten Leitmedien, deren Deutungshoheit das Meinungsbild bestimmt. Das ist der Grund, warum eine demokratische Opposition nur Fuß fassen kann in einer fairen und vielseitigen Medienlandschaft. Aus Sicht der Regierungsparteien muss also alles unternommen werden, um die öffentliche Meinung über beeinflussbare Medien jederzeit unter Kontrolle zu halten. Selbstverständlich wird diese Praxis nicht offen zugegeben. Das Ergebnis ist das Zeitalter der Heuchelei, in dem wir uns aktuell befinden.

Die gute Nachricht: Es gibt eine Lösung. Denn Heuchelei bedeutet, dass Aufrichtigkeit und Demokratie zumindest behauptet werden. In unserem Fall sind das die 16 Regeln des Pressekodex, der Medienstaatsvertrag, der Ausgewogenheit und Staatsferne verlangt, das Grundgesetz, das Zensur verbietet und die funktionierende Gewaltenteilung. Das Einzige, das der demokratisch geschulte Bürger also durchsetzen muss, sind die bereits bestehenden Regeln, die eine hervorragende Grundlage für eine aufrichtige Zukunft unserer Gesellschaft wären.

Nun müssen wir noch das Problem lösen, dass die Mehrheit der Bevölkerung ein Opfer der Heuchelei ist und ihr daher das Bewusstsein fehlt, dass die Demokratie in Gefahr ist. Die in den freien Medien aufgeklärte und gut informierte Minderheit muss sich also organisieren, damit ihre Stimme hörbar wird. Und nun die beste Nachricht: Diese Organisation besteht bereits seit Juli 2022, und jeder Bürger kann sich in seiner Heimatgemeinde kostenlos und ohne Aufwand daran beteiligen.

Der Medien-Mahn-Marathon hält seit 26 Wochen in über 50 Städten bundesweit jede Woche eine Mahnwache vor den Medienhäusern ab, bei der der direkte Dialog mit den Redaktionen gesucht wird zum Thema der Einhaltung der bestehenden Regeln dieser Demokratie. Dieser friedliche und konstruktive Dialog soll uns in eine aufrichtige und kreative demokratische Zukunftsgesellschaft führen. Wir danken hier insbesondere den freien Medien, deren vielseitige Aufklärung in den letzten Jahren zu einer politisch gebildeten und mündigen Minderheit geführt hat, die sich ihrer Verantwortung immer bewusster wird, sich nun für eine demokratischere Zukunft zu engagieren. Es geht nur gemeinsam.

Jimmy C. Gerum, Bürgerinitative MedienEvolution Leuchtturm ARD, tagesaktuelle Landkarte aller Mahnwachen bei *www.LeuchtturmARD.de*, Informationen bei *info@leuchtturmARD.de* oder telefonisch 0151-5055 2062.



CHRISTEN IN DER CORONAKRISE

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter

Ein Großteil der Christen und der Kirchen sind während der Coronakrise mitgelaufen.

Einige haben sogar unter Berufung auf den Römerbrief (Kap. 13) Gehorsam gegenüber der Regierung gefordert. Schon Ostern 2020 befolgten sie widerstandslos Versammlungsverbote und trugen fleißig Masken. Menschen, die keine trugen, wurden von ihren von Gottesdiensten ausgeschlossen.

Fördert das Christentum also die Entstehung von Unrechtsregimen, indem es seine Mitglieder dazu auffordert, gehorsame Staatsdiener zu sein? – Es stimmt, dass das Christentum nicht in erster Linie von Politik und Weltverbesserung handelt. Jesus erteilte denen, die die Macht ergreifen wollten, eine Absage, indem er ihnen erklärte: »Das Reich Gottes kommt nicht so, dass man es beobachten könnte […] Denn sehet, das Reich Gottes ist inwendig in euch« (Luk 17,20). Deshalb enthält das Neue Testament keine Beschreibung der besten politischen Ordnung.

Aber Jesus lehrte die Menschen, mit ihrem Herzen oder ihrem Verstand das Gute zu erkennen und es zu tun, anstatt blind religiösen Vorschriften zu gehorchen. Den Jüngern rief er zu, sie sollten das »Licht der Welt« (Matt 5,14; vgl. Phil 2,15) sein und »viel Frucht« (Joh 15,5) bringen. Überall ruft das Neue Testament die Christen dazu auf, Gutes zu tun.

Es bietet den Menschen Vergebung an, aber diese kann man nur annehmen, wenn man Buße tut und sein Leben am Willen Gottes ausrichtet. Man soll nicht die Zustände und andere Menschen kritisieren, ohne sich selbst zu hinterfragen und zu verbessern. Aber Christen haben auch den Auftrag, sich für Gerechtigkeit einzusetzen – zum Beispiel, indem sie gegen Coronavorschriften Widerstand leisten.

Jesus wurde von den herrschenden Römern auf Betreiben der religiösen Obrigkeit hingerichtet. Schon Johannes dem Täufer war es so ergangen, weil er den König kritisiert hatte. Die meisten der Zwölf Apostel wurden von der Staatsmacht hingerichtet. Wie kann man da glauben, dass das Christentum blinden Gehorsam gegenüber dem Staat lehrt? Wären sie etwa exekutiert worden, wenn sie gehorcht hätten?

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe, er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. www.von-wachter.de

Wende

»Aufbruch und Aufstieg.« Unter diesem Titel hat Egon Krenz seine Memoiren vorgelegt.

Der letzte Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik gilt als Schöpfer des Begriffs »Wende« für das Ende der DDR. Das kam wohl auch dadurch zustande, dass Moskau die Sowjetisch Besetzte Zone (SBZ) bereits aufgegeben hatte und zuguterletzt verkaufte.

Das vielfach kolportierte Gerücht lässt sich auch mit den Erinnerungen Egon Krenz' unterlegen. Demnach hatte es bereits im Jahr 1953 Tendenzen in der Sowjetunion gegeben, die DDR abzustoßen – und zwar bei der laut Krenz gezielten Niederschlagung der Arbeiteraufstände vom 17. Juni des Jahres. Verantwortlich dafür macht Krenz den berüchtigten Adjutanten Josef Stalins, Lawrenti Berija. Dieser hatte demnach die DDR gezielt ins Chaos stürzen wollen.



Verkündung der gefälschten Wahlergebnisse im DDR-Fernsehen. Foto: Bildschirmfoto YouTube/MDR/ARD

Der belesene Egon Krenz hatte die Freie Deutsche Jugend (FDJ) angeführt und beerbte kurz vor Schluss Erich Honecker an der Spitze der DDR. Dass das Land wohl für 5 Milliarden DM an die US-besetzte BRD verkauft wurde, expliziert Krenz in seiner Rückschau allerdings nicht. Dennoch kann sein Werk (352 Seiten, Edition Ost, Berlin 2022) als unterhaltsame und detaillierte Aufarbeitung aus dem Inneren des Funktionärsapparates Aufschluss geben – und ist teils Anwendbar auf den Niedergang von USA, UK, EU – und BRD. – Wir nähern uns Artikel 146 des Grundgesetzes (siehe Seite 16 jeder *DW*-Ausgabe). Wenn wir es richtig anstellen, dann »von unten«, aus dem Volk, also von uns und durch uns. (ale/jro/bat)



SPORT MIT BERTHOLD

NICHT IN DEN MANGEL, IN DIE FÜLLE GEHEN!

Die Raunächte sind vorüber: Zwischen Weihnachten und dem 6. Januar sollte man grundsätzlich nicht viel machen. Das tut dem Körper und dem Geist gut.

Ich habe seit dem 9. Juli 2022 mein eigenes Programm. Laufen geht immer, die Übungen für den Rücken und Bauch sind automatisch mit dabei.

Da die Berge bei uns nicht weit sind, gehe ich am Wochenende Skifahren, beziehungsweise mache eine Skitour. Das tut mir sehr gut, die Berge sind einfach schön. Wichtig ist, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen und sein Ding zu machen, in die Fülle gehen und nicht in den Mangel!

Neues Jahr, neues Glück. Das Leben ist schön und bietet viele Möglichkeiten, wenn man bereit, ist diese zu empfangen.

Ein Vorsatz für dieses Jahr: Ich trinke auch auswärts nur noch Bio-Kaffee. Denn wenn man nicht fragt, dann ändern die Anbieter auch nicht Ihre Gewohnheiten. Vorsätze sind immer gut.

Ich möchte mein Business-Englisch verbessern, habe von Langenscheidt ein Paket gekauft.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

»DA PRÄSENT, WO ES WIDERSTAND GIBT«

DW-Medieninterview: Martin Müller-Mertens entwickelt den Sender »Auf1« in der BRD.



Martin Müller-Mertens (Auf1), Ulrike Stockmann (Achse des Guten) und Anselm Lenz (Demokratischer Widerstand). Foto: Femke Grops

DW: Herr Müller-Mertens, Sie senden mit dem TV-Sender »*Auf1*« seit Neuestem aus Berlin und eröffnen dieser Tage Ihre *Talkshow* »Unterm Strich«. Warum?
Martin Müller-Mertens: »Unterm Strich« ist das zweite Format, das wir mit unserem Berliner Studio von »*Auf1*« entwickelt haben. Es ist ein Format, das es in der Form auch im alternativen, im freien Journalismus, noch nicht gibt. Es ist nämlich eine Plattform, für die verschiedene freie Journalisten in die Diskussion kommen sollen mit ihren durchaus individuell unterschiedlichen Antworten. Diese aber nicht nur über sich und mit ihren eigenen persönlichen Ansichten, sondern mit Analyse und Kritik – wenn ich das mal so formulieren darf – der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, wie wir sie jetzt haben.

DW: Seit wann gibt es den Sender »*Auf1*« und seit wann die Deutschlandpräsenz des Senders?
M.M.M.: »*Auf1*« gibt es seit Frühjahr 2021. Man kann also sagen, es ist ein sendendes Kind des Corona-Widerstandes, wenngleich es auch noch andere Wurzeln dieses Senders und dieser Form des Journalismus gibt. Zunächst entstand »*Auf1*« in Österreich, hatte aber von Beginn an auch sehr viele Zuschauer in Deutschland – und deshalb auch zunehmend aus Deutschland berichtet. Es war folgerichtig, den Sender auch zu einer Stimme der Opposition, des Volkswiderstandes, im gesamten deutschsprachigen Raum auszubauen. Der erste Schritt dahin war dann die Eröffnung unseres Berliner Studios. Ich hatte im August vergangenen Jahres zunächst als Deutschlandkorrespondent bei »*Auf1*« angefangen. Ende Oktober wurde das Berliner Studio, in dem wir uns hier befinden, eröffnet. Nun schauen wir, dass wir uns weiterentwickeln und in welche Richtung es geht.

DW: Wie kann man den Sender »*Auf1*« mit seinem neuen Berliner Fenster empfangen?
M.M.M.: Im Internet über *Auf1*.tv oder auf unserem *Telegram*-Kanal, der mit über 230.000 Abonnenten der zweitgrößte deutschsprachige Kanal auf dieser Plattform überhaupt ist. Oftmals wird uns vorgeworfen, wir seien ja noch gar kein richtiger Fernsehsender, weil wir ja, in Anführungszeichen, nur im Internet ausstrahlen und nicht, wie etwa *ARD* und *ZDF*, einen Millionen Euro kostenden Satelliten haben. Das ist zwar richtig und trotzdem sind wir Fernsehen, haben auch den entsprechenden journalistischen und qualitativen Anspruch an uns. Wir senden technisch eben zur Zeit noch dort, wo die Opposition ja im Moment noch hinverdammt ist.

DW: Was sind die weiteren Entwicklungsziele von »*Auf1*«?
M.M.M.: Wir werden uns zunächst einmal auf den deutschsprachigen Raum konzentrieren. Wir wollen da recherchieren, wo die Probleme liegen, wir wollen da präsent sein, wo es Widerstand gibt. Das heißt: Neben der Sendezentrale in Österreich und dem Studio in Berlin soll es weitere Stützpunkte und Redaktionen geben. Geplant sind bereits Standorte in der Schweiz und in Südtirol. Und, ich denke, auch in Deutschland werden wir nicht mehr lange warten müssen, bis es weitere *Auf1*-Pflänzchen in weiteren Städten gibt.

DW: Wie ist Ihr eigener Weg zum Senderchef von »*Auf1*«-Deutschland?
M.M.M.: Ich habe eine längere Karriere als Journalist hinter mir, z. B. für *Mainstream*-Zeitungen geschrieben, auch wenn das länger her ist. Danach habe ich zehn Jahre lang im *Compact*-Magazin gearbeitet. Dann ergab sich, mehr aus Zufall, der Wunsch etwas anderes zu machen. So bin ich mit »*Auf1*« ins Gespräch gekommen. Die Österreicher hatten den Wunsch, in Berlin Fuß zu fassen. So kamen zwei zusammen, die sich auf eine Art gesucht und gefunden hatten. Ich habe es als Glück und eben auch als Zufall empfunden. Das ist jetzt ein halbes Jahr her und ich habe es nicht bereut.

DW: Herr Müller-Mertens, wir danken Ihnen für das Gespräch!
Die Fragen stellte Anselm Lenz.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»DIE WAFFEN NIEDER! SAGT ES VIELEN VIELEN.«
BERTHA VON SUTTNER

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*